

Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung

Michael Latzer & Florian Saurwein

Erscheint in: Wolfgang R. Langenbacher & Michael Latzer (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 10-44.

Der zunehmenden Europäisierung von Ökonomie und Politik, so eine gängige These, sei bislang noch keine gleichwertige Europäisierung der politischen Öffentlichkeit gefolgt (vgl. Gerhards 1993; 2000). Das „Öffentlichkeitsdefizit“ der Europäischen Union wird häufig beklagt. EU-Politik bleibe im Vergleich zu nationaler Politik bislang intransparent und von Medien und dem Publikum nur wenig beachtet. „Zu oft werden wichtige europäische Themen nicht breit genug debattiert, bevor sie entschieden werden. Zu groß erscheint vielen Menschen der Regulierungsdrang der EU, zu unübersichtlich die Entscheidungsverfahren und zu anonym die Entscheidungsträger“, konstatieren sieben europäische Staatschefs in einer gemeinsamen Erklärung¹ in Reaktion auf die Referenden in Frankreich und den Niederlanden, in denen im Frühjahr 2005 der EU-Verfassungsvertrag abgelehnt worden war.

Die Debatte über fehlende Bürgernähe und die Kluft zwischen europäischen politischen Eliten und weiten Kreisen der europäischen Bevölkerung ist aktuell aber nicht neu. Schlagworte wie Demokratie-, Legitimations-, Öffentlichkeits- und Kommunikationsdefizit gehören seit langem zum Standardrepertoire in der europapolitischen Diskussion,² und genau so lange wird die Schuld dafür, dass „Brüssel“ bis jetzt nur als ferner und gesichtsloser Ort wahrgenommen wird, zwischen Politik und Medien hin- und hergeschoben. Die Suche nach Sündenböcken ist interessenpolitisch verständlich aber sachlich verfehlt. Für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit und für die Demokratisierung der Europäischen Union zeichnen Politik durch institutionelle Reformen und Responsivität, Medien durch Aufmerksamkeit, Kritik und Kontrolle sowie Bürgerinnen und Bürger durch Interesse und Beteiligung gemeinsam verantwortlich.

Das Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern mit Politik und Medien vollzieht sich v.a. im Kommunikationsraum, der als *Öffentlichkeit* bezeichnet wird. Ihre zentrale Bedeutung liegt in den demokratiepolitischen und sozialen Funktionen der Legitimation und Integration.³ Dies gilt im nationalen Kontext gleichermaßen wie im europäischen. Form und Ausmaß europäischer Öffentlichkeit sind daher auch mitbestimmend für die demokratische Qualität der Europäischen Union und für den sozialen Zusammenhalt in Europa. Europäische Öffentlichkeitsdefizite werden folglich – in Kombination mit Demokratie- und Identi-

* Für wertvolle Kritik und Anregungen danken wir Friedhelm Neidhardt.

¹ Kommentar der Präsidenten Deutschlands, Finnlands, Italiens, Lettlands, Österreichs, Polens und Portugals, der im Juli 2005 zeitgleich in Qualitätszeitungen der jeweiligen Länder publiziert wurde.

² Das Öffentlichkeitsdefizit gehört seit der Diskussion der Maastrichtverträge zu den Selbstbeschreibungen der EU-Institutionen (vgl. Gerhards 2002, 135 unter Verweis auf Tumber 1995, 512). Kritik an Öffentlichkeitsdefiziten und Forderungen nach deren Kompensation werden seither regelmäßig wiederholt, deutlich in der Erklärung von Laeken, in der die europäischen Staats- und Regierungschefs nach Initiativen suchen, um eine europäische Öffentlichkeit zu entwickeln (vgl. Europäischer Rat 2001, 23).

³ Vgl. Saxer (i.d.B.).

tätsdefiziten – als Hemmnisse sozialer und politischer Integration in der Europäischen Union diskutiert (vgl. Scharpf 1999, 167; Trenz/Klein/Koopmans 2003, 9), Öffentlichkeitsdefizite gar als zentraler Stolperstein auf dem Weg zur Demokratisierung der EU (vgl. Abromeit 2003, 39). Demgemäß gehen zahlreiche Autorinnen und Autoren davon aus, dass der europäische politische Integrations- und Erweiterungsprozess von einer Europäisierung der öffentlichen politischen Kommunikation begleitet sein muss, um bestehende Vermittlungs-, Transparenz-, Kontroll- und Partizipationsmängel zu korrigieren.

Wie eine europäische, der Mehrebenen-Politik adäquate Öffentlichkeit idealtypisch aussehen soll, wie ihre Formierung zu skizzieren ist, auf welcher Stufe des Weges sich Europa derzeit befindet, und welche strukturellen Hindernisse es zu überwinden gilt, sind zentrale Fragen für die Weiterentwicklung europäischer Demokratie und Integration. Das vorliegende Buch sucht nach Antworten auf diese Fragen und bietet einen Überblick zum Stand der europäischen Öffentlichkeitsforschung aus transdisziplinärer Perspektive. In vier Abschnitten werden (1) theoretische Skizzen zur Bedeutung und den Konzepten europäischer Öffentlichkeit, (2) empirische Ergebnisse zu Existenz, Ausmaß und Formen europäischer Öffentlichkeit, (3) Analysen zu medialen Strukturbedingungen und (4) zur Rolle von Zivilgesellschaft und Publikum in der europäischen Öffentlichkeit präsentiert.

1 Bedeutung und Konzepte europäischer Öffentlichkeit

Öffentlichkeitsmodelle: Kommunikation, Fragmentierung und Vernetzung

Zur Beschreibung von *Öffentlichkeit* werden unterschiedliche Metaphern verwendet, die zumeist auf die zentrale Bedeutung von Kommunikation als konstituierendes Element von Öffentlichkeit verweisen. Öffentlichkeit wird abwechselnd als Kommunikationsraum, Kommunikationsnetzwerk (Tobler i.d.B.), Kommunikationssystem, Kommunikationsforum (Neidhardt 1994a; i.d.B.), als kommunikative Sphäre (Saxer i.d.B.) oder als Verständigungsprozess der Gesellschaft (Klaus i.d.B.) beschrieben. Laut Trenz (2000, 333 unter Verweis auf Habermas 1992, 436f. und Peters 1999) kann Öffentlichkeit als eine intersubjektiv geteilte, kommunikativ konstruierte Sphäre wechselseitiger Beobachtung erschlossen werden, die sich herkömmlichen Begriffen von sozialer Ordnung und Mitgliedschaft entzieht und eben dadurch an kontingente Situationen anschlussfähig bleibt. Gemeinsam ist den meisten definitorischen Annäherungen die Vorstellung, dass die eine Öffentlichkeit (Singular) lediglich als theoretisch-normatives Konstrukt denkbar ist, empirisch aber weder im nationalen noch im europäischen Kontext existiert. Heute dominiert die Vorstellung, dass sich Öffentlichkeit in der Praxis aus differenzierten Öffentlichkeitsarenen (Tobler i.d.B.) bzw. aus Teilöffentlichkeiten (Klaus i.d.B.) zusammensetzt. Häufig wird von fragmentierter Öffentlichkeit gesprochen.

Gleichzeitig wird betont, dass Öffentlichkeitsarenen bzw. Teilöffentlichkeiten in unterschiedlicher Stärke durch kommunikative Interaktion integriert und mit einander vernetzt sind (vgl. Tobler i.d.B.; Erbe i.d.B.). In empirischen Analysen wird Öffentlichkeit daher auch als relative Dichte kommunikativen Handelns operationalisiert (Koopmans/Erbe 2004; Erbe i.d.B.), um die Integrations- und Vernetzungsdichte erfassbar zu machen. In Bezug auf die Entstehung europäischer Öffentlichkeit wird v.a. auf das Gefälle der Interaktionsdichte zwischen nationaler und transnationaler Kommunikation und auf die unterschiedlichen

Interaktionsbedingungen (Sprache, Identität, Mediensysteme) im nationalen und europäischen Kontext verwiesen, die als Ursachen europäischer Öffentlichkeitsdefizite identifiziert werden. Den Faktoren wird jedoch unterschiedliche Bedeutung für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit beigemessen.⁴

Weiters werden in den meisten Konzeptionen unterschiedliche Öffentlichkeitsebenen identifiziert. Die Palette reicht von (1) „einfachen“ Encounter-Öffentlichkeiten mit direkter Interaktionskommunikation über (2) „mittlere“ Versammlungs-/Themen-Öffentlichkeiten mit definierten Sprecher- und Zuhörerrollen, bis zu (3) umfassenden „komplexen“, massenmedial vermittelten Öffentlichkeiten (grundlegend Gerhards/Neidhardt 1993; siehe auch Donges/Jarren 1999, 91f. und Klaus i.d.B.). Medien, vor allem Leitmedien, spielen für die Öffentlichkeit eine zentrale Rolle, weil sie Diskurse aus anderen Öffentlichkeitsarenen aufnehmen, filtern, zu massenmedial beobachtbaren Kommunikationsereignissen bündeln und dadurch Anschlusskommunikation in anderen Arenen und auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems auslösen können (Tobler i.d.B.). Öffentlichkeitskonzepte kommen heute nie ohne die Berücksichtigung der modernen Massenmedien aus, und empirische Analysen europäischer Öffentlichkeit konzentrieren sich vor allem auf massenmediale Öffentlichkeit, speziell auf Leitmedien der öffentlichen Kommunikation.

Öffentlichkeitsfunktionen: Legitimation und Integration

In Bezug auf die Bedeutung von Öffentlichkeit werden in der theoretischen Diskussion adäquater normativer Konzepte unterschiedliche Öffentlichkeitsfunktionen als normative Referenzpunkte herangezogen. Die Konzepte unterscheiden sich v.a. darin, ob sie demokratische Funktionen wie politische Legitimation, oder soziale Funktionen wie gesellschaftliche Integration stärker betonen.

In einer engen konzeptionellen Perspektive wird Öffentlichkeit auf ihre *politische* Dimension reduziert (politische Öffentlichkeit). Ihre zentrale Bedeutung liegt dann in den demokratischen Funktionen Informationsvermittlung, Transparenz, Kritik, Kontrolle, Meinungsaustausch und Meinungsbildung. Öffentlichkeit soll zur *Legitimation* und zur demokratischen Qualität der politischen Ordnung beitragen. Öffentlichkeit als Kommunikationsraum für Meinungsartikulation und -bildung wird dabei vom institutionalisierten Raum der Entscheidungsfindung und Willensbildung im politisch-administrativen System unterschieden. Der Meinungsbildungsprozess in Öffentlichkeitsarenen gehört zum unstrukturierten Bereich der politischen Kommunikation, während Formen der Willensbildung an Organisationen gekoppelt und zumeist formalisiert sind (vgl. Jarren 1998, 689). Gleichzeitig soll öffentliche Meinungsbildung in institutionalisierte Beschlussfassung einmünden und so die Responsivität des politischen Systems sichern. Die Vorstellungen, wie Öffentlichkeit strukturiert sein soll, und welche Transformationsmechanismen geeignet sind diese Responsivität zu gewährleisten, divergieren mit unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie. Als normative Schablonen für die Analyse öffentlicher politischer Kommunikation werden liberal-repräsentative, pluralistisch/partizipative und deliberative Demokratiemodelle herangezogen, die sich in ihren Anforderungen an Öffentlichkeit von einander unterscheiden.⁵

⁴ Für einen Überblick und eine kritische Auseinandersetzung mit hemmenden Faktoren siehe Kantner (2003).

⁵ Für Zusammenfassungen von Öffentlichkeitsfunktionen im Kontext unterschiedlicher Demokratietheorien siehe u.a. Neidhardt (1994a; 1994b), Beierwaltes (2000), Gerhards (2002), Ferree et al. (2002).

In der Tradition *liberal-repräsentativer Demokratietheorien* und in systemtheoretischen Spiegelmodellen soll politische Öffentlichkeit Transparenz herstellen, die gegenseitige Beobachtung von Regierenden und Regierten sowie die Kontrolle der Regierenden durch Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Aus diesen Funktionszuweisungen leitet sich u.a. die Forderung nach Offenheit von Öffentlichkeit für Positionen und Meinungen von wahlwerbenden Gruppierungen ab, um (rationale) Meinungsbildung auf Seiten der Wählerschaft zu fördern. Dies gilt für das Regieren im europäischen Kontext gleichermaßen wie im nationalen Rahmen. „Das Publikum muss wissen wer aus welchen Gründen etwas entscheiden will, von dem es selber betroffen ist. Da die Entwicklung der EU eine allmähliche Verlagerung nationaler Entscheidungskompetenzen hin zu EU-Gremien mit sich brachte, ist ein wachsender Bedarf an EU-bezogener Öffentlichkeit insoweit anzumehmen“ (Neidhardt i.d.B.). Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass Macht (gemessen an politischen Kompetenzen) im europäischen Mehrebenensystem nicht über alle Politikfelder hinweg gleichmäßig verteilt ist. Insofern erscheint eine differenzierte Analyse nach Politikfeldern mit variierenden Kompetenzen sinnvoll und notwendig (vgl. insbesondere Pfetsch/Koopmans i.d.B.). Empirische Analysen europäischer Öffentlichkeit in der Tradition liberal-repräsentativer Demokratietheorien fragen daher in erster Linie nach der massenmedialen Sichtbarkeit der EU bzw. ihrer zentralen politischen Akteure und europapolitischer Themen und nach den medialen Strukturbedingungen die diese Sichtbarkeit fördern oder hemmen. Mediale Aufmerksamkeit für europäische Politik gilt im Sinne repräsentativ-liberaler Demokratiemodelle als *conditio sine qua non* für Transparenz und Kontrolle im europapolitischen Kontext.

In *pluralistischen/partizipativen Demokratietheorien* wird die Bedeutung von Öffentlichkeit für die Repräsentation des Meinungsspektrums hervorgehoben und nicht auf Akteure des politischen Zentrums begrenzt, sondern umfassender konzipiert und auf Akteure der Peripherie wie Bürgerinnen und Bürger, Publikum und zivilgesellschaftliche Organisationen ausgedehnt. Auch partikulare Perspektiven und überzeugende innovative Ideen sollen Artikulationschancen haben (Gleichheitsanforderung). Legitimität wird über Partizipation, über die Beteiligung möglichst großer Teile der Regierten gewährleistet. Auch schwach organisierte und ressourcenarme Bevölkerungsgruppen sollen am Politikprozess beteiligt sein (Inklusion). In der Sphäre der Öffentlichkeit gleichen die Regierten ihre Anliegen mit der aktuellen Politik ab und artikulieren ihre mitunter von der Regierung abweichenden Interessen (Eilders et al. i.d.B.). Zentrale Bedeutung erlangen dabei auch Öffentlichkeitsarenen unterhalb komplexer massenmedialer Öffentlichkeit. Sie gelten als jene Orte, in denen Akteure der Peripherie, die mit besonderer Problemsensibilität ausgestattet sind, Probleme und Interessen artikulieren können, die bei entsprechender Zustimmung auch den Weg in umfassendere Öffentlichkeitsarenen und in den politischen Entscheidungsprozess finden können (vgl. Peters 1994, 59f.). Empirische Analysen europäischer Öffentlichkeit in der Tradition pluralistischer/partizipativer Demokratietheorien fragen daher nach den beteiligten Akteuren im Kommunikationsraum Europa, nach Artikulationschancen und nach der Verteilung von Macht, Dominanz und Einfluss. Sie nehmen kleinere Öffentlichkeitsarenen unterhalb massenmedialer Öffentlichkeiten ebenso in den Blick wie Formen der Institutionalisierung umfassender Partizipation. Die Grundzüge pluralistischer/partizipativer Öffentlichkeitsmodelle sind folglich für Untersuchungen der differenzierten Öffentlichkeitsarenen im europäischen Kommunikationsraum von besonderer analytischer Bedeutung. Speziell das Spannungsfeld von Fragmentierung und Integration durch Prozesse der stufenweisen Themen- und Interessen-Aggregation lässt sich damit erfassen.

Deliberative Demokratietheorien (vgl. Habermas 1998/1992; 1996a) bauen in abgeschwächter Form auf Inklusionsvorstellungen partizipativer/pluralistischer Öffentlichkeitsmodelle auf,⁶ ergänzen die normativen Vorgaben jedoch um Anforderungen an die Qualität des Kommunikationsprozesses (Diskursivität, Deliberation). Transparenz und Partizipation sind aus dieser Perspektive nicht die alleinigen Ziele öffentlicher Debatten. Es geht darüber hinaus auch um die Initiierung kollektiver Lernprozesse. Die Sprecher in öffentlichen Diskursen sollen voneinander lernen und sich argumentativ annähern. Im Ergebnis entsteht so entweder diskursiv geprüfter Konsens (Gerhards 2002, 139) oder koordinierter Dissens (Eder/Kantner 2000, 308). Deliberation wird als Kernmerkmal betrachtet und beinhaltet die Anerkennung, Berücksichtigung und Achtung der Argumente von Dritten, Dialog und gegenseitigen Respekt sowie die Rechtfertigung der eigenen Argumente (vgl. Ferree et al. 2002, 306). „Mit diesem 'Mehr oder Weniger' an 'rationaler' Verarbeitung von 'erschöpfenden' Vorschlägen, Informationen und Gründen variieren allgemein das diskursive Niveau der Meinungsbildung und die 'Qualität' des Ergebnisses“ (Habermas 1998, 438). In Bezug auf die Entstehung europäischer Öffentlichkeit rücken in deliberativen Öffentlichkeitsmodellen die Strukturbedingungen und die Praxis transnationaler Kommunikationsprozesse und Diskurse zu europapolitischen Themen in den Mittelpunkt sowie die Frage, ob diese den entwickelten Qualitätsmerkmalen tatsächlich entsprechen.⁷

Die konzeptionelle Engführung durch die Einschränkung auf die politische Dimension von Öffentlichkeit führt zu Kritik: Neben Legitimation wird in einer breiteren Perspektive auch *Integration* als zentraler „Problemlösungsbedarf“ in den Blickpunkt gerückt (Saxer i.d.B.). Laut Klaus (i.d.B.) kann sich die Vorstellung eines europäischen öffentlichen Raumes nicht in einer großen politischen und massenmedialen Öffentlichkeit erschöpfen. Öffentlichkeit, verstanden als Verständigungsprozess der Gesellschaft über sich selbst, dient auch der gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktionen, der Verhandlung von Regeln und Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie der Überprüfung kultureller Ziele und der Schaffung kultureller Identitäten (Klaus i.d.B.).⁸ Die Konstruktion von Identität in einem durch Medien geschaffenen symbolischen Raum, auf den sich die sozialen Subjekte beziehen können (medialer Identitätsraum), ist als wesentliches Element der Formierung europäischer Öffentlichkeit in der Analyse ebenso zu berücksichtigen, wie die Grenzziehungen in diesem Prozess der symbolischen Raumkonstruktion, mit denen festgelegt wird, welche Subjekte den Raum bewohnen, und wem eine europäische Identität zugesprochen wird (Cultural Citizenship) (Klaus i.d.B.).

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass politische Öffentlichkeit sich innerhalb einer Vielzahl wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Teilöffentlichkeiten konstituiert. Eine umfassendere kommunikationssoziologische Perspektive (Saxer i.d.B.) wird daher eingefordert, die neben Politik und medialer politischer Kommunikation auch gesellschaftliche,

⁶ Habermas (1998, 132f.) grenzt deliberative Verfahren auf Ausnahmeverfahren ein: Breite Inklusion ist vor allem bei jenen Themen erforderlich, bei denen sich Kontroversen in der breiteren Öffentlichkeit vor allem an normativen Aspekten der im Brennpunkt stehenden Probleme entzünden. Hiervon zu unterscheiden sind Routineentscheidungen die im politischen Zentrum getroffen werden. Vgl. zusammenfassend auch Ferree et al. (2002).

⁷ Zur Kritik an Habermas siehe Mouffe (2005) und ihr Konzept der „agonistischen Öffentlichkeit“. Es betont die Bedeutung von Konflikten für das demokratische Zusammenleben, wird jedoch bisher noch nicht zur Analyse europäischer Öffentlichkeit angewendet.

⁸ „The public sphere is a medium of social integration, a form of social solidarity, as well as an arena for debating others“ (Calhoun 2003, 244).

wirtschaftliche und kulturelle Faktoren als Strukturbedingungen berücksichtigt. Neben politischer Information und Kommunikation als Untersuchungsgegenstand sollen auch Gesellschaftswandel (Individualisierung, Erlebnisorientierung, institutioneller Wandel) sowie mediale Rahmenbedingungen und Medienwandel (Medialisierung, Kommerzialisierung, Unterhaltungsorientierung/Populärkultur) als Einflussfaktoren für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit in die theoretischen und empirischen Analysen Eingang finden (vgl. Saxer i.d.B.).⁹

Aufgrund unterschiedlicher normativer Funktionszuweisungen, die aus verschiedenen Demokratie- und Öffentlichkeitsmodellen resultieren, kann von einem Konsens über das „Anforderungsprofil“ an europäische Öffentlichkeit keine Rede sein. Über ein normatives Konzept einer idealtypischen Öffentlichkeit für den Kommunikationsraum Europa besteht keine Einigkeit (vgl. u.a. Hasebrink 2000, 97). Die, für Nationalstaaten entwickelten, Öffentlichkeitsmodelle können nicht unadaptiert auf den europäischen Kontext übertragen werden (vgl. Klaus i.d.B.). Manche der diskutierten Konzepte europäischer Öffentlichkeit vereinen ausgewählte Elemente unterschiedlicher Demokratiemodelle und liegen damit quer zu diesen (z.B. Neidhardt i.d.B.), andere orientieren sich an normativen Referenzpunkten spezifischer Demokratiemodelle und variieren somit erheblich in ihren Anforderungen, etwa in Bezug auf das geforderte Maß an Transparenz, Partizipation und Diskursrationalität. Vor überzogenen Anforderungen und zu hohen Erwartungen wird häufig gewarnt (vgl. Risse 2003, 4f.; Neidhardt i.d.B.; Saxer i.d.B.). So kritisiert Neidhardt (i.d.B.) überzogene Transparenzanforderungen, indem er u.a. die Bedeutung von Geheimhaltung im politischen Prozess zur Unterstützung von Kompromissbildung betont.

Die Probleme einer normativen Theorie europäischer politischer Öffentlichkeit resultieren nicht zuletzt aus dem Fehlen einer Demokratietheorie für transnationale Räume im Allgemeinen (vgl. Fraser 2003) und für Europa im Speziellen. Nur im Kontext einer Demokratietheorie für Europa könnte eine normative Theorie europäischer politischer Öffentlichkeit sinnvoll entwickelt werden, doch „eine Demokratietheorie, die die Transnationalität eines Herrschaftsverbandes in den Blick nimmt, ist heute noch nicht zu erkennen und die einfache Übertragung bislang formulierter Ansätze scheitert an den Spezifika, die ein solcher Zusammenschluß mit sich bringt“ (Beierwaltes 2000, 214). Inzwischen wird allgemein angenommen, dass die EU auf Dauer ein politisches System „sui generis“ sein wird, das sich durch Mehrstufigkeit der Entscheidungsstrukturen und -prozesse auszeichnet.¹⁰ Laut Abromeit (vgl. 2003, 50f.) sind zur demokratischen und legitimatorischen Evaluation der Europäischen Union daher auch neue Standards nötig, denn bislang verwendete Standards wie z.B. die Output-Legitimierung über Effektivität oder die Input-Legitimierung über deliberative Entscheidungsfindung überzeugen aufgrund mangelnder Überprüfbarkeit nicht. Daher, so Abromeit (2003, 51), „ist das europäische Demokratiedefizit nicht zuletzt ein Theoriedefizit“. Und dieses Theoriedefizit verursacht in der Folge auch Probleme bei der Entwicklung einer normativen Theorie europäischer politischer Öffentlichkeit.

⁹ Die Beiträge in diesem Band bieten einen Überblick zu Ergebnissen aus Medieninhaltsanalysen (siehe v.a. Abschnitt 2) und Medienstrukturanalysen (siehe v.a. Abschnitt 3). Eines der gravierenden Forschungsdefizite im Bereich der europäischen Öffentlichkeitsforschung ist die meist fehlende systematische Verbindung von Medienstruktur- und Inhaltsanalysen.

¹⁰ Siehe u.a. die Beiträge in Jachtenfuchs/Kohler-Koch (1996).

Europäisierung von Öffentlichkeit: Entwicklungspfade und Indikatoren

Ähnlich vielfältig wie die normativen Erwartungen an europäische Öffentlichkeit sind die Vorstellungen über ihre Entwicklungspfade und die entwickelten Indikatoren zur Erfassung ihrer Existenz, ihres Ausmaßes und Ihrer Formen. Die vielfältigen *Zugänge zur Analyse europäischer Öffentlichkeit* unterscheiden sich vor allem in ihrem Fokus: (1) Inhaltliche/kulturelle Öffentlichkeitskonzepte rücken kulturelle Faktoren in den Mittelpunkt, die Kommunikation und Verständigung ermöglichen oder erschweren (historische Erfahrungen, Traditionen, Geschichtsbilder, Identität). (2) Institutionelle/infrastrukturelle Öffentlichkeitskonzepte beschreiben die organisatorische Infrastruktur politischer Institutionen und Medienorganisationen auf denen Öffentlichkeit basiert und analysieren ebenfalls fördernde und hemmende Faktoren für Europäisierungsprozesse. (3) Diskursive/prozessuale Öffentlichkeitskonzepte stellen die (transnationalen) Kommunikationsprozesse, und hier zumeist die Medieninhalte, in den Mittelpunkt der Analyse.¹¹ Laut Seethaler (i.d.B.) lassen sich hinter den jeweiligen Konzepten unschwer repräsentativ-liberale, wertkonservative und deliberative Positionen erkennen. Konkrete Anforderungsprofile und Parameter werden meist dann entwickelt, wenn Öffentlichkeitsbegriffe für empirische Forschungen operationalisiert werden. Die Beurteilungen der Relevanz der Entwicklungspfade und der entsprechenden Indikatoren variieren jedoch mit unterschiedlichen Demokratie- und Öffentlichkeitsmodellen.

In Bezug auf die *Entstehung* einer europäischen Öffentlichkeit wurden vorerst zwei Hauptentwicklungspfade identifiziert (Gerhards 1993, 100; 102): (1) die Etablierung einer länderübergreifenden, pan-europäischen Öffentlichkeit auf Basis eines einheitlichen Mediensystems; (2) die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten durch die Thematisierung europäischer Themen in den jeweiligen nationalen Medien und die Bewertung dieser Themen unter einer europäischen, nicht nationalstaatlichen Perspektive. Bereits früh wurden somit Anforderungen an mediale Infrastrukturen (pan-europäisches Mediensystem), mediale Aufmerksamkeit (Thematisierung) und mediale Inhalte (europäische Perspektive) formuliert. Mit der steigenden Bedeutung des Öffentlichkeitsthemas in der Forschung wurden diese Kriterien teilweise re-formuliert, präzisiert und um Anforderungen an Transnationalisierung (Synchronisierung, Interaktion, Diskursivität) ergänzt. In der rezenten Literatur setzt sich die Sichtweise durch, dass die Ausbildung genuiner Formen europäischer Öffentlichkeit und die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten nicht als sich ausschließende Alternativen, sondern in Ergänzung zueinander gedacht werden sollen (z.B. Trenz 2003, 162). Zudem wird davon ausgegangen, dass die Entstehung einer pan-europäischen Öffentlichkeit auf Basis eines einheitlichen Mediensystems weit weniger empirisch wahrscheinlich ist, als die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten. Das Hauptaugenmerk der empirischen Forschung liegt deshalb bei Analysen nationaler Medienberichterstattung über Europa und die Europäische Union. Die wichtigsten und gängigsten Analyseparameter lassen sich wie folgt zusammenfassen und begründen.

Als wichtiger Indikator für die empirische Erfassung von Europäisierungsprozessen gilt die *mediale Aufmerksamkeit für europäische Politik*. Sie ist die Voraussetzung für die Beobachtung und die Kontrolle der politischen Europäischen Union, bzw. ihrer zentralen supranationalen und nationalen politischen Akteure. Wenn auch keine anerkannte Norm für ein

¹¹ Für einen Überblick zu Öffentlichkeitskonzepten siehe Eder/Kantner (2000), Wessler (2004).

adäquates *Europäisierungsniveau* im Sinne eines definierten Levels an medialer Aufmerksamkeit existiert, so erscheint doch die Vorstellung überzeugend, dass eine Bedeutungszunahme der Europäischen Union, gemessen an politischen Kompetenzen in den jeweiligen Politikfeldern, auch von einer Zunahme der medialen Aufmerksamkeit für EU-Politik entsprechend der EU-Kompetenzen in den jeweiligen Politikfeldern begleitet werden soll.¹² Für die empirische Forschung zur Entstehung europäischer Öffentlichkeit rückt damit die *Prozessperspektive* in den Mittelpunkt (vgl. auch Neidhardt i.d.B.). Gleichzeitig ist zu beachten, dass mit der Zunahme an Politikbereichen in denen Mehrheitsentscheidungen auf EU-Ebene gefällt werden (können), auch der Bedarf an gegenseitiger Beobachtung zwischen den europäischen Staaten und ihren zentralen politischen Akteuren steigt. Potenziell steigende, stagnierende oder abnehmende mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik und supranationale Akteure im engen Sinn (vertikale Europäisierung; Regieren unter öffentlicher Beobachtung) und Aufmerksamkeit für europarelevante Politik und politische Akteure in jeweils anderen europäischen Staaten (horizontale Europäisierung; gegenseitige Beobachtung) gelten als zentrale Indikatoren zur Erfassung von Europäisierungsprozessen.¹³

Aufmerksamkeit für europäische Politik in nationalen Medien wird in der rezenten Literatur als notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für europäische Öffentlichkeit weitgehend anerkannt. Um von einer Europäisierung von Öffentlichkeit sprechen zu können bedarf es zusätzlich der Transnationalisierung oder genauer: der Europäisierung von Kommunikationsprozessen. Der Weg zur europäischen Öffentlichkeit führt – so die dominante Vorstellung, wenn auch mit teils unterschiedlicher Terminologie – über die zunehmende Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige *transnationale Verschränkung*.¹⁴ Zur Messung der Verschränkung bzw. Transnationalisierung im europäischen Kontext wurde eine Reihe von Indikatoren vorgeschlagen,¹⁵ bei denen neben der Frage nach der Aufmerksamkeit für europapolitische Themen in nationalen Medien auch der Frage nach transnationaler Information und Kommunikation hohe Bedeutung zukommt. Vor allem diskurstheoretische Öffentlichkeitsmodelle ergänzen das Kriterium der medialen Aufmerksamkeit für europäische Politik im nationalen Kontext um weitere konkrete Anforderungen, etwa in Bezug auf *transnationale Synchronisierung* wie die länderübergreifende Thematisierung gleicher Themen zur gleichen Zeit unter gemeinsamen Relevanzge-

¹² Vgl. grundlegend, allerdings nicht nach Politikfeldern und Kompetenzen differenziert, Gerhards (2000). Für die Analyse nach Politikbereichen mit variierenden politischen Kompetenzen siehe Pfetsch/Koopmans (i.d.B.).

¹³ Zur Unterscheidung von vertikaler und horizontaler Europäisierung siehe Koopmans/Erbe (2003). Brüggemann et al. (i.d.B.) verwenden „Regieren unter öffentlicher Beobachtung“ und „gegenseitige Beobachtung“.

¹⁴ „Man darf sich die fehlende europäische Öffentlichkeit nicht als die projektive Vergrößerung einer [...] innerstaatlichen Öffentlichkeit vorstellen. Sie kann nur so entstehen, dass sich die intakt bleibenden Kommunikationskreisläufe der nationalen Arenen füreinander öffnen. [...] [D]ie nationalen, aber ineinander übersetzten Kommunikationen [müssen sich] so miteinander verschränken, dass die relevanten Beiträge osmotisch aus den jeweils anderen Arenen aufgesogen werden. Auf diese Weise könnten die europäischen Themen, die bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt und entschieden werden, in die miteinander vernetzten Arenen Eingang finden“ (Habermas 2001, 120).

¹⁵ Für Zusammenfassungen der Debatte um adäquate Parameter für die empirische Analyse, speziell zur Operationalisierung von „Diskursivität“, und für mehr oder weniger umstrittene Operationalisierungsvorschläge siehe v. a. Eder/Kantner (2000; 2002), Eilders/Voltmer (2003), van de Steeg (2003), Wimmel (2004), Tobler (i.d.B.), Brüggemann et al. (i.d.B.). Im Kern geht es in der Debatte um die Frage, ob dort wo „Diskurs“ als analytische Kategorie begrifflich verwendet wird, auch tatsächlich diskursrelevante Parameter zur Erfassung der Diskursivität des kommunikativen Handelns zur Operationalisierung herangezogen werden.

sichtspunkten (vgl. grundlegend Eder/Kantner 2000).¹⁶ Weiters werden Anforderungen an die Dichte *transnationaler Interaktion* formuliert (wechselseitige Wahrnehmung, wechselseitige Bezugnahme, transnationale Referenzialität). Wimmel (2004, 10f.) nennt etwa den grenzüberschreitenden Kommunikationsfluss und den transnationalen wechselseitigen Austausch von Argumenten durch direkte Bezugnahme als Kriterien für transnationale Interdiskursivität.¹⁷ Im Kern geht es bei den Operationalisierungs- und Messversuchen um die Beantwortung der Frage, ob die Europäer miteinander, nebeneinander oder aneinander vorbei reden. Grundsätzlich besteht nämlich die Gefahr, dass die Debatten und die Berichterstattung über Europa in voneinander isolierten nationalen Diskursen („nationalstaatlich versäult“) verlaufen. Anforderungen an die Dichte transnationaler Interaktion sollten dabei behutsam auf die zur Disposition stehenden Sachfragen abgestimmt werden. Schlüsselentscheidungen mit weitreichenden Entscheidungsfolgen verlangen nach stärkerer Interaktion und Diskussion als Routineentscheidungen.

Mediale Aufmerksamkeit für europäische Politik im nationalen Kontext, transnationale Synchronisierung und Interaktion können als die ersten drei Stufen in Europäisierungsprozessen bezeichnet werden. Darüber hinaus lassen sich aber auch weitere, zunehmend anspruchsvollere „Dimensionen europäischer Wertschöpfung“ (Neidhardt i.d.B.) identifizieren, die stärker auf *Kommunikationsinhalte* bezogen sind. Neben Aufmerksamkeits- und Interaktionsparametern kommen dann Qualitätsparameter mit ins Spiel, mit denen zusätzliche Anforderungen an die Art und Weise der transnationalen Kommunikation formuliert werden können. Das normative Modell der deliberativen Öffentlichkeit (v.a. *Diskursrationalität*) dient dabei oft als Schablone für die Analyse der Qualität der Diskurse im Kommunikationsraum Europa (vgl. etwa Winkler/Kozeluh/Brandstetter i.d.B.).

Der potenziell steigende, stagnierende oder abnehmende Anteil an *europäischen Identitätsbezügen* durch kommunikative Inklusion und Exklusion gilt ebenfalls als inhaltliches Kriterium zur Erfassung von Europäisierungsprozessen. Als Indikatoren zur Analyse von Identitätsbezügen dienen explizite Identitätssemantiken wie Wir-Referenzen („Wir Europäer“) und implizite Formen der Inklusion, wie die Einnahme der Teilnehmerperspektive durch Sprecher, mit der gemeinsame Betroffenheit zum Ausdruck gebracht wird (vgl. Tobler i.d.B.). Allerdings besteht keine Einigkeit darüber, ob gemeinsame europäische Identitätsbezüge als Voraussetzung für europäische Öffentlichkeit und europäische Demokratie bereits bestehen müssen (Substanzialismus), ob eine europäische Öffentlichkeit fehlende europäische Identität aus demokratiepolitischer Perspektive ersetzen kann (Funktionalismus),¹⁸ oder ob sich europäische Identität erst im Zeitverlauf als Resultat transnationaler

¹⁶ Tobler (i.d.B.) fasst diese Parameter unter dem Begriff „Konvergenzdimension“ zusammen und operationalisiert sie mit den Indikatoren zeitliche Synchronität, Berichterstattungsintensität sowie Themen-, Deutungs- und Sprecherkonvergenz. Mit dem Kriterium „gemeinsamer Referenzrahmen“ bzw. „gleiche Relevanzgesichtspunkte“ (vgl. van de Steeg 2003; Risse 2002; 2003) wird das ursprünglich von Gerhards (1993) genannte Kriterium „Berichterstattung unter einer europäischen Perspektive“ präzisiert. Zur Kritik an Gerhards Perspektivenkriterium siehe vor allem Risse (2002, 18; 2003, 4).

¹⁷ „Entscheidend ist, dass verschiedene Akteure aus unterschiedlichen Mitgliedsländern miteinander über ein Thema transnational diskutieren und wechselseitig Argumente austauschen“ (Wimmel 2004, 11). Tobler (i.d.B.) unterscheidet Argumentations-, Arenen- und Sprecherreferenzialität als Indikatoren für Interdiskursivität.

¹⁸ Siehe beispielsweise Abromeit (2001, 89): „Schon im 'normalen Staat' stellt sich Öffentlichkeit als essentielle Konstitutionsbedingung eines Demos dar und läuft Demokratisierung ohne Öffentlichkeit ins Leere. Um wie viel mehr gilt dies im supranationalen, tendenziell entgrenzten Kontext, in dem es 'den' Demos im klassischen Sinn nicht gibt noch geben kann. Denkbar scheinen hier allein sektorale Demoi in funktional bestimmten 'public

Kommunikations- und Demokratisierungsprozesse langsam und eher langfristig herausbildet (Prozeduralismus). Viele Studien bedienen sich funktionalistischer und prozeduraler Sichtweisen (vgl. etwa Tobler i.d.B.; Brüggemann et al. i.d.B.). Allerdings ist zu beachten, dass die Zunahme jener Politikbereiche, in denen auf EU-Ebene Mehrheitsentscheide gefällt werden, voraussetzt, dass diese auch von Minderheiten akzeptiert werden, und dass diese Bereitschaft ein Minimum an europäischer Identität und Solidarität erfordert.¹⁹

Als weiteres inhaltliches Kriterium zur Erfassung von Europäisierungsprozessen gilt die *Beurteilung* der europäischen Integration und der zentralen europapolitischen Akteure. Die Einschätzungen der Effekte kritischer, Europa-skeptischer Berichterstattung sind ambivalent: Aus integrationspolitischer Perspektive wird Europa-Skepsis in der Bevölkerung als Gefahr für den europäischen Integrationsprozess gesehen und u.a. auf europakritische, zum Teil unsachliche und populistische Medienberichterstattung zurückgeführt (vgl. etwa Birk 2004). Laut Thomaß (vgl. 2002) trifft eine uninteressierte, eher negative Haltung der Bevölkerung zu Europa auf skeptische Berichterstattung und umgekehrt. Beide beeinflussen sich gegenseitig, dies nicht zum Vorteil einer europäischen Öffentlichkeit. Aus demokratietheoretischer Perspektive wird die Zunahme an EU-kritischer Berichterstattung und EU-Skepsis in der Bevölkerung auch positiv bewertet (vgl. Abromeit 2003, 40f. unter Verweis auf Arbeiten von Eder und Trenz). Denn kritische Resonanzen auf die von EU-Institutionen vorgebrachten Themen und Positionen zwingen die Institutionen zur Rechtfertigung, wodurch ein öffentlicher Diskurs beginnt, der verstärkt Selbst-Legitimierung seitens der europäischen Institutionen nach sich zieht.

Zusammenfassend werden unterschiedliche theoretische Modelle und verschiedene Indikatorensysteme zur Analyse europäischer Öffentlichkeit herangezogen. Neidhardt (i.d.B.) schlägt vor, zunehmend voraussetzungsvollere Informations-, Diskurs- und Solidaritätsebenen europäischer Kommunikationen als „Dimensionen europäischer Wertschöpfung“ zu unterscheiden, um so eine Qualitätssteigerung europäischer öffentlicher Meinungsbildung erfassen zu können. Die Anforderungen aus unterschiedlichen Demokratiemodellen (z.B. Transparenz, Partizipation, Interaktion, Diskursivität) bieten sich dafür als Referenzpunkte an und können für die empirischen Analysen genutzt werden. Für die Konzepte europäischer Öffentlichkeit bedeutet dies die Aufgabe einseitiger Fixierungen und überzogener Ansprüche zugunsten mehrdimensionaler Anforderungsprofile, die das Kontinuum von Minimalanforderungen (Transparenz) bis hin zu Optimalbedingungen (transnationale Interdiskursivität) abdecken. In der Forschungspraxis sollten Anforderungen an Umfang, Qualität und Inklusion sowohl entsprechend der jeweiligen politikfeldspezifischen Kompetenzverteilung (national, intergouvernemental, supranational), als auch entsprechend der zur Disposition stehenden Sachfragen (Routineentscheidungen, Schlüsselentscheidungen), differenziert werden. Mehrdimensionale, differenzierte Analysedesigns sind in der Forschungspraxis jedoch selten. Es dominieren einseitige Fixierungen und in der Folge divergieren auch die Einschätzungen über Existenz, Ausmaß, Formen und Qualität europäischer Öffentlichkeit.

spaces'. Sie können sich nicht anders als solche erkennen – und also konstituieren – als über die entsprechenden transnationalen öffentlichen Diskurse; das heißt der Konnex ist hier so eng, dass Öffentlichkeit (bzw. Teil-Öffentlichkeit) quasi an die Stelle des (sektoralen) Demos tritt.“

¹⁹ Vgl. zu dieser Sichtweise u.a. Gerhards (2002, 154 unter Verweis auf Kielmansegg 1996; Lepsius 1997; Abromeit/Schmidt 1998).

2 Empirische Ergebnisse: Ansätze europäischer Öffentlichkeit

Die wissenschaftliche Diskussion und Analyse europäischer Öffentlichkeit wird schwerpunktmäßig seit Anfang der 1990er Jahre betrieben. Mit der beschleunigten Dynamik der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas steigt das Forschungsinteresse am Öffentlichkeitsthema. In den frühen Untersuchungen der 1990er Jahre überwiegen pessimistische Einschätzungen zur Entwicklung europäischer Öffentlichkeit und zu den demokratischen Folgen von Öffentlichkeitsdefiziten. Sie basieren aber noch kaum auf empirischer Evidenz zu Existenz, Ausmaß und Formen europäischer Öffentlichkeit, sondern überwiegend auf theoretischen Analysen ihrer strukturellen Voraussetzungen auf Basis inhaltlich/kultureller und institutionell/infrastruktureller Öffentlichkeitskonzepte.²⁰ Mittlerweile werden die frühen theoretischen Arbeiten durch empirische Untersuchungen europäischer Öffentlichkeit ergänzt, wobei vor allem Medieninhaltsanalysen zur Anwendung kommen. In Summe wird ein optimistischeres Bild gezeichnet, wobei aber die empirischen Daten zum Entwicklungsstand und die Einschätzungen über Entwicklungsoptionen erheblich divergieren.

Analysiert wird vor allem die nationale Medienberichterstattung und hier häufig die Qualitätspresse.²¹ Als *Forschungsdefizit* fällt auf, dass die Berichterstattung im Rundfunk weit aus seltener als jene der Presse, und Internetkommunikation fast überhaupt nicht analysiert wird,²² obwohl sich Europas Bürgerinnen und Bürger heute in erster Linie via TV und in steigendem Maß via Internet über die Europäische Union informieren.²³

Als Defizit gilt auch, dass die Berichterstattung in einwohnerschwachen EU-Staaten und in den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Untersuchungen kaum berücksichtigt wird (vgl. Seethaler i.d.B.). Die Analysen konzentrieren sich auf die großen EU-Staaten (Deutschland, Großbritannien, Frankreich), wobei häufig die USA als außereuropäischer Vergleichsstaat herangezogen werden.

Ein weiterer Mangel besteht an Langzeituntersuchungen zur Entwicklung der Europa-Berichterstattung, mit denen die Prozesshaftigkeit der Europäisierung von Öffentlichkeit erfasst werden kann. Weit häufiger sind Analysen, die entweder nur einen relativ kurzen Untersuchungszeitraum in den Blick nehmen (themenübergreifende Querschnittsanalysen), und/oder sich mit ausgewählten Ereignissen auseinandersetzen (themenbeschränkte Längs- oder Querschnittsanalysen),²⁴ beispielsweise mit Wahlen zum Europäischen Parlament (Holtz-Bacha 2005), der EU-Osterweiterung (van de Steeg 2000; 2002), der Euroumstellung bzw. der Währungsunion (Law/Middleton/Palmer 2000), mit dem Korruptionsskandal

²⁰ Für pessimistische Einschätzungen vgl. Gerhards (1993, 100f.), Grimm (1995, 41f.), Kielmansegg (1996, 55).

²¹ Für einen Überblick zu empirischen Untersuchungen siehe Machill/Beiler/Fischer (i.d.B.). Für einen Überblick zu europäisch bzw. transnational ausgelegten Beiträgen in vier kommunikationswissenschaftlichen Fachzeitschriften siehe Seethaler (i.d.B.).

²² Machill et al. (i.d.B.) sowie Seethaler (i.d.B.) verweisen auf die schwache Berücksichtigung von Onlinemedien: Keine der von Machill et al. erfassten Studien nimmt diese in den Blickpunkt. Laut Seethaler werden neue Medien lediglich in einem schwachen Fünftel der Fachzeitschriftenbeiträge untersucht, doch erschien die überwältigende Mehrzahl der einschlägigen Arbeiten erst in jüngerer Zeit.

²³ Laut Eurobarometer (Nr. 61; 62) ist das Fernsehen die Hauptinformationsquelle der EU-Bürger über EU-Politik (79% in neuen Mitgliedstaaten; 73% bei den EU 15). Die Bedeutung des Internet als Informationsquelle steigt kontinuierlich: 6% (EU-15, 1999); 11% (EU-15, 2001); 16% (EU-15, Frühjahr 2004); 21% (EU-25, Herbst 2004).

²⁴ Laut Machill et al. (i.d.B.) beschränkt sich mehr als die Hälfte der in ihrer Metaanalyse berücksichtigten Studien auf ausgewählte Ereignisse.

in der EU-Kommission und deren Rücktritt (Trenz 2000; Meyer 2000; 2003a), dem Post-Nizza Prozess (Maurer 2003), der europäischen Finanz- und Beschäftigungspolitik (Meyer 2003b) oder mit dem 'Fall Haider', der FPÖ-Regierungsbeteiligung und den EU-Sanktionen gegen Österreich (van de Steeg et al. 2003).

Hervorstechend ist auch die Heterogenität der Forschungspraxis, die sich v.a. in unterschiedlichen Grundgesamtheiten (z.B. Europaberichterstattung im weiten Sinn, EU-Berichterstattung im engen Sinn), Analyseparametern (z.B. Aufmerksamkeit, Deutungsrahmen, Interaktion, Diskursivität) und Untersuchungseinheiten (Länder, Medien, Beitragsgattungen, Zeiträume) ausdrückt. Darunter leidet die Vergleichbarkeit der Daten, und auch die empirischen Ergebnisse sind entsprechend unterschiedlich bis widersprüchlich.

Einige Ergebnisse indizieren, dass „Ansätze“ europäischer Öffentlichkeit erkennbar sind (vgl. zusammenfassend Eriksen 2000; Abromeit 2003; Calhoun 2003), beispielsweise in institutionalisierten Kommunikationsnetzwerken, die sich im Umfeld der EU-Institutionen und im Vorfeld europapolitischer Entscheidungen bilden (vgl. Eder/Hellmann/Trenz 1998; Eder 2000), in spezialisierten international orientierten Medien, die sich an ein internationales Publikum wenden (Schlesinger/Kevin 2000, 222), in einem vergleichsweise hohen Anteil an Europaberichterstattung in der nationalen Qualitätspresse (Trenz 2005), in Formen von europäischen Bewegungskulturen und Bewegungsöffentlichkeit, die als einfache und mittlere Öffentlichkeiten unterhalb der komplexen massenmedialen Öffentlichkeit anzusiedeln sind, und in transnationalen Unterhaltungsmedien, Medienereignissen und populärkulturellen Programmen, die in die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit involviert sind (Klaus i.d.B.). In der finalen Beurteilung dieser Ansätze europäischer Öffentlichkeit kommen etliche Autorinnen und Autoren zu dem Schluss, dass es sich dabei häufig nur um tendenziell abgeschlossene, oft auf Eliten oder Interessengruppen beschränkte Öffentlichkeitsarenen handelt (Eliteöffentlichkeiten), die den normativen Anforderungen in Bezug auf Offenheit, Inklusion und Breite häufig nicht gerecht werden, wohingegen sich ein breiter europäischer Kommunikationsraum (Massenöffentlichkeit) noch nicht abzuzeichnen scheint (vgl. Schlesinger 1999; Gerhards 2002; Abromeit 2003; Peters 2003; Eilders/Voltmer 2003). Gleichzeitig werden auch die Potenziale dieser Elitenöffentlichkeiten herausgestrichen, die Meinungsführerschaften ausbilden und für die öffentliche Meinungsbildung Multiplikatoreffekte auslösen (Neidhardt i.d.B.).²⁵

Andere Ergebnisse aus Medieninhaltsanalysen deuten ebenfalls auf Ansätze europäischer Öffentlichkeit hin, etwa in Bezug auf *Aufmerksamkeit* und *Synchronität*: So zeigt sich eine europaweite, thematisch und zeitlich synchron steigende, mediale Resonanz auf europapolitische Themen im Vergleich zu Routinewochen. Diese Themen werden oft von der EU-politischen Agenda vorgegeben (EU-Gipfel, EP-Wahl, Euro-Einführung, EU-Erweiterung, etc.), sie können aber auch aus öffentlichkeitswirksamen Ereignissen wie Skandalen oder Konflikten resultieren (BSE-, Dioxin-, Subventionsskandal, Kommissionsrücktritt). Außerdem tritt Europa nicht nur als Hauptthema der Berichterstattung auf, auch ein hoher Anteil an Beiträgen mit Verweisen auf Europa lässt sich finden (Trenz i.d.B.).²⁶

²⁵ Vgl. auch Koopmans/Neidhardt/Pfetsch (2000, 3): "As we will argue, the transnational integration of national political discourses does not necessarily have to involve national mass publics. Under certain conditions it may suffice if a transnational, European public sphere emerges on the level of political, economic, and cultural elites, who can act as 'translators' carrying national discourses onto the European level and, vice versa, may introduce European perspectives into national public spheres."

²⁶ Beiträge sind durch themenunspecifische Verweise auf Europa gekennzeichnet. Europa tritt als vergleichender oder generalisierender Sinnkontext in der Diskussion innenpolitischer oder außenpolitischer Themen hervor.

Dem entgegen verdeutlichen etliche Forschungsergebnisse, dass europapolitische Themen insgesamt nach wie vor nur einen eher geringen Teil der Medienagenda ausmachen,²⁷ und dass *nationale Selbstreferenzialität* stark ausgeprägt ist. Nationale Akteure dominieren die nationale politische Berichterstattung selbst bei europapolitischen Themen. EU-Akteure sind vergleichsweise unterrepräsentiert (vgl. Machill et al. i.d.B.). Der Umfang der Berichterstattung über Europa und die EU divergiert von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat (vgl. Machill et al. i.d.B.) und erscheint in Deutschland, den Niederlanden und den skandinavischen Staaten vergleichsweise höher als in anderen EU-Staaten. Für die politischen Akteure indizieren Netzwerkanalysen Veränderungen der Machtverteilung gemessen an Präsenz und Dominanz in der medialen Arena: Machtverhältnisse verschieben sich zu Gunsten von Akteuren aus einwohnerreichen Staaten und den Vertretern der wichtigsten EU-Institutionen, dies zu Lasten zivilgesellschaftlicher Gruppen und Repräsentanten aus kleineren Mitgliedstaaten (vgl. Adam 2004). Mediale Aufmerksamkeit folgt damit den realpolitischen Dominanzverhältnissen und den Logiken von Einfluss und Macht. Eine breite Berücksichtigung aller EU-Staaten und deren Positionen zu europapolitischen Fragen ist nicht in Sicht. Europaberichterstattung ist in Politikfeldern mit weitreichenden EU-Kompetenzen stärker ausgeprägt (Pfetsch/Koopmans i.d.B.), womit die Berichterstattung der real existierenden Machtverteilung im europäischen Mehrebenensystem folgt.

Bei *Interaktionsmustern und -dichte* sind Ansätze transnationaler Kommunikations- und Meinungsbildungsprozesse bei besonders sensiblen Themen erkennbar (Verfassung, Erweiterung, Türkeibeitritt).²⁸ Transnationale Interaktion scheint vor allem durch grenzüberschreitende Konflikt- und Krisensituationen (konfliktinduzierte Transnationalisierung) bedingt zu sein (Tobler i.d.B.). Dies gilt jedoch nicht für sämtliche grenzüberschreitende Krisen. Neverla (i.d.B.) findet in der Risikoberichterstattung bei (grenzüberschreitenden) Umweltproblemen primär nationale Darstellungen, zeitlich asynchrone Berichterstattungsverläufe und starke Unterschiede beim Umfang der Berichterstattung. Ein gemeinsamer, übergeordneter europäischer Blickwinkel ist trotz der oft sachlich gebotenen, transnationalen Problemstellungen nicht gegeben. Von einer gemeinsamen europäischen Risikoberichterstattung im Sinne zeitgleicher, wechselseitig bezogener, inhaltlich kohärenter Berichterstattung könne keine Rede sein. Auch Brüggemann et al. (i.d.B.) zeigen, dass der diskursive Austausch zwischen verschiedenen europäischen Akteuren auf niedrigem Niveau stagniert. Transnationale Referenzen beziehen sich, soweit überhaupt vorhanden, überwiegend auf Akteure aus den bevölkerungsreichen EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien), andere werden häufig ausgeblendet (vgl. Machill et al. i.d.B.; Erbe i.d.B.).

Über die *Langzeitentwicklung* (Prozessperspektive) liegen nur wenige Ergebnisse vor. Laut Gerhards (vgl. 2000, 293f.) ist der Anteil der medialen Beschäftigung mit Europa in der deutschen Presse zwischen 1961 und 1990 von einem bereits niedrigen Niveau aus leicht aber kontinuierlich gesunken. Laut Brüggemann et al. (i.d.B.) hat der Anteil der Meinungsbeiträge, in denen die EU das Hauptthema- oder ein Nebenthema bildet, in der europäischen Presse zwischen 1982 und 2003 stark zugenommen. Für die seriöse Ableitung eines langfristigen Trends fehlen aber umfangreiche empirische Daten.

²⁷ Für empirische Ergebnisse zur Thematisierungshäufigkeit, die jeweils eine sehr geringe Medienaufmerksamkeit für europäische Themen indizieren, siehe Eilders/Voltmer (2003, 259f.), Gerhards (2000, 295f.), Sievert (1998, 282f.), Peter (2004, 154f.). In aktuellen Befunden zeigt sich laut Risse (2003, 1): "[T]he available evidence suggests that the overall salience of European themes is still low, but that similar meaning structures and frames of reference prevail in media reporting about Europe."

²⁸ Zum Türkeibeitritt vgl. Wimmel (2004), Tobler (i.d.B.).

Der Überblick zum empirischen Forschungsstand zeigt ein äußerst heterogenes Feld an Analyseansätzen und widersprüchliche Ergebnisse über das Ausmaß der Europäisierung von Öffentlichkeit, die auf unterschiedliche Indikatorensysteme und Messverfahren zurückgeführt werden können.²⁹ Es liegen selektive Ergebnisse zu jeweils einzelnen Merkmalen europäischer Öffentlichkeit vor, die keine Gesamtbeurteilung von Entwicklungstrends ermöglichen (vgl. Peters 2003, 450). Zudem divergieren die Interpretationen von Ergebnissen aufgrund der jeweils zu Grunde gelegten normativen Demokratie- und Öffentlichkeitsmodelle. Als Konstante in der Debatte um die Entstehung europäischer Öffentlichkeit kann festgehalten werden, dass nie behauptet wird, Europa verfüge bereits über eine ausreichend breite, tragfähige politische Öffentlichkeit. Auch in optimistischen Einschätzungen werden Defizite europäischer Öffentlichkeit identifiziert und Verbesserungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Sowohl die Ursachenanalysen für Öffentlichkeitsdefizite als auch die Reformvorschläge setzen oft bei politischen und medialen Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit an.

3 Mediale Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit

Mit der Diagnose von Defiziten europäischer Öffentlichkeit drängt sich die Frage nach den dafür verantwortlichen *Ursachen* auf. Auf Basis institutioneller/infrastruktureller und inhaltlicher/kultureller Öffentlichkeitskonzepte wurde eine Reihe von hemmenden Faktoren identifiziert, wenngleich über deren praktische Bedeutung für Europäisierungsprozesse keine Einigkeit besteht. Die Liste potenzieller Hindernisse umfasst *sozio-kulturelle Faktoren* wie Sprachbarrieren und unterschiedliche kulturelle Identitäten, *politisch-institutionelle Faktoren* wie die Intransparenz und mangelnde Nachrichtenwerte der europäischen Politik (z.B. aufgrund von Überkomplexität und Konsensorientierung), mangelnde Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten (v.a. Direktwahlen) sowie *medienspezifische Faktoren* wie die Fragmentierung der Mediensysteme, Nachfrageorientierung, Kommerzialisierung und die nationalstaatliche Fixierung des Journalismus.³⁰

Zentrale Bedeutung für die Entwicklung europäischer Öffentlichkeit wird medialen Inhalten, Strukturbedingungen und medialem Wandel zugeschrieben. Hieraus leitet sich die zentrale Bedeutung der Kommunikations- und Medienwissenschaft für die Analyse von Öffentlichkeit im Allgemeinen und von europäischer Öffentlichkeit im Speziellen ab, die auch von Forschern anderer Disziplinen betont wird. Öffentlichkeitsforschung muss sich mit Neidhardt (1994, 10) auch zentral als Massenmedienforschung verstehen. Laut Gerhards (1998, 44) werden theoretische Konzeptionen von Öffentlichkeit einerseits und die Analyse von Medienbedingungen andererseits in unterschiedlichen Wissenschaften verhandelt. Zwischen beiden eine Brücke zu schlagen ist nicht einfach aber lohnend. Abomeit

²⁹ So errechnet etwa Trenz (2005) höhere Werte des Europäisierungsgrades nationaler Tageszeitungen, als andere Studienautoren (vgl. z.B. Sievert 1998; Gerhards 2000; siehe auch Brüggemann et al. i.d.B.). Differenzen resultieren einerseits aus unterschiedlich zusammengesetzten Samples. Bei Trenz finden z.B. Regional- und Boulevardzeitungen gemäß der These einer Professionalisierung und Sektoralisierung des Mediensektors keine Berücksichtigung (vgl. Trenz 2005). Der hohe Europäisierungsgrad resultiert weiters daraus, dass bei Trenz sämtliche Artikel mit „Europa-Referenzen“ berücksichtigt sind, während andere Autoren ihre Analysen auf „EU-Referenzen“ einschränken (vgl. z.B. Brüggemann et al. i.d.B.). Zu weiteren Messproblemen siehe auch Neidhardt (i.d.B.).

³⁰ Zu den Ursachen von Öffentlichkeitsdefiziten vgl. grundlegend Gerhards (1993), umfassend Meyer (1999; 2000), zusammenfassend Schlesinger/Kevin (2000) und Liebert (2003).

(2001, 75) betont, dass speziell die in einander verschränkten Fragen nach den Ansatzpunkten für eine supranationale öffentliche Sphäre und nach den Konstitutionsbedingungen eines supranationalen Demos nicht zuletzt auch medienwissenschaftlicher Natur sind. Öffentlichkeit konstituiert sich unter den Bedingungen von flächenstaatlichen Massendemokratien in erster Linie als massenmediale Öffentlichkeit. Nur Massenmedien ermöglichen die dauerhafte Beobachtung von Politik durch Bürgerinnen und Bürger, denn alle Formen von Präsenzöffentlichkeit sind für diese Leistungserbringung überfordert.³¹ Laut Sievert (1998, 63) realisiert sich Öffentlichkeit im Wesentlichen als (Ver-)Öffentlichkeit, u.a. weil Massenmedien durch Agenda-Setting beeinflussen, über welche Themen Rezipientinnen und Rezipienten nachdenken. Nach Trenz (2003, 163) stellen Massenmedien die umfassendste Arena für die Vermittlung zwischen Regierenden und Regierten dar. Sie beeinflussen die Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses und legen damit die Reichweite der Kontrollmöglichkeiten fest. Analysen konzentrieren sich dementsprechend auf „massenmediale Öffentlichkeit“, Formen von Präsenzöffentlichkeiten, die auf interpersonaler Kommunikation beruhen (Encounter-, Versammlungsöffentlichkeiten), werden seltener berücksichtigt.

Medien werden hauptsächlich unter zwei Aspekten in der Analyse europäischer Öffentlichkeit berücksichtigt: Einerseits, wie im vorigen Abschnitt dargelegt, im überwiegenden und im steigenden Maße, als Untersuchungseinheit für empirische Inhaltsanalysen, die sich vorwiegend auf politische Kommunikation konzentrieren. Andererseits gelten Medien auch als Systeme, Infrastrukturen und Institutionen, welche die Bedingungen für Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozesse bilden und mittels Strukturanalysen untersucht werden.³² Derartige Untersuchungen, die sich mit der Struktur der Mediensysteme, der organisatorischen Struktur der Medienbetriebe und der journalistischen Profession als Strukturbedingungen europäischer Öffentlichkeit auseinandersetzen, sind jedoch weitaus seltener als Inhaltsanalysen (vgl. Seethaler i.d.B.).³³ Forschungsdefizite in Bezug auf das Verhältnis von Europäisierung und Medien bestehen vor allem in der systematischen Verbindung von Struktur- und Inhaltsanalysen, in der Berücksichtigung weltanschaulicher Werte und kultureller Muster die das Kommunikator- und Rezipientenverhalten prägen, und in der Berücksichtigung der zentralen Rolle von Nachrichtenagenturen (vgl. Seethaler

³¹ Vgl. Gerhards (2002, 138). Öffentlichkeit und freie Meinungsbildung werden durch Institutionen abgesichert, v.a. durch rechtliche Garantien wie Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit (Rucht 1998, 665). Diese Freiheiten werden als konstitutiv für Öffentlichkeit und als fördernde Faktoren für die Europäisierung von Öffentlichkeit interpretiert.

³² Medienstrukturelle Aspekte europäischer Öffentlichkeit behandelt v.a. Meyer (1999; 2000; 2002; 2003) mit Arbeiten zu medialen und politisch-administrativen Barrieren für europäische Öffentlichkeit. Siehe weiters den Ansatz von Adam/Berkel/Pfetsch (2003) zu den medialen Opportunitätsstrukturen für die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten; Schlesinger/Kevin (2000) zu den medialen Hemmnissen der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit; Thomaß (2002; 2004; i.d.B.) zur Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei Europäisierungsprozessen; Russ-Mohl (2003) zu den Grenzen und Möglichkeiten für europäischen Journalismus; Firmstone (2003) zu organisationsstrukturellen Aspekten der Europäisierung in Großbritannien.

³³ Laut Seethaler (i.d.B.) liegt der Anteilswert von Strukturanalysen in Fachzeitschriftenbeiträgen mit europäisch bzw. transnational orientierter Forschung bei etwa 10%, der Anteil der Medieninhaltsanalysen hingegen bei 28%. Noch häufiger werden politische und wirtschaftliche Kontextfaktoren medialer Kommunikation untersucht, etwa die Medien-/Fernsehpolitik der Europäischen Union, die Entwicklung des öffentlichen Rundfunks im Zuge von Liberalisierungsprozessen, transnationale Medienkonzentration und die Verbreitung neuer Medien (vgl. Seethaler i.d.B.). Solche Analysen widmen sich jedoch nur selten explizit den Auswirkungen von Veränderungstrends auf die Entstehung europäischer Öffentlichkeit.

i.d.B.).³⁴ Dominierende Themen einschlägiger Strukturanalysen sind (1) das Grundproblem der Fragmentierung, (2) Vernetzungsmechanismen und deren Gefahren für Medienvielfalt, sowie (3) die Auswirkungen der zunehmenden Kommerzialisierung auf die Herstellung politischer Öffentlichkeit.

Fragmentierung: positive und negative Effekte

Die Fragmentierung von Öffentlichkeit im Zuge technischer Innovationen und die damit verbundene Ausdifferenzierung der Kommunikationssysteme („Vielkanalbedingungen“) wird als eine der Ursachen von Öffentlichkeitsdefiziten diskutiert. Vor allem die segmentäre Struktur des Internet kann voneinander abgekoppelte Teilöffentlichkeiten fördern, die sich als „elektronische Gemeinschaften“ (vgl. Höflich 1995) konstituieren und nur teilweise miteinander vernetzt sind. Die Fragmentierung der Plattformen und des Publikums, so die Befürchtung, verhindert die Herausbildung von konzentrierter Aufmerksamkeit auf einzelne politische Problemlagen und Entscheidungen (vgl. Marschall 1999, 123), Meinungen sind nirgends mehr integrierbar, die Möglichkeiten für die Herausbildung einer gewichtigen, kritischen öffentlichen Meinung und ihre Mobilisierung zu effektiver kommunikativer Kraft werden eingeschränkt (Fraser 2003, 12). Dies gilt im segmentär differenzierten, europäischen Kontext noch viel mehr als im nationalen Rahmen.

Andererseits werden auch positive Effekte der Fragmentierung für die demokratische Entwicklung und die Funktionsfähigkeit von Öffentlichkeit hervorgehoben. “Even though the problem of fragmentation prevails it is fair to say that the more publics, the more debate and consequently the more democracy. Fewer voices are excluded and more questions are asked: more publics provide more possibilities for testing the legitimacy of power” (Eriksen 2000, 54; vgl. auch Adam/Berkel/Pfetsch 2003, 71f.). Wenn Massenmedien wie bisher auf denselben Input der politischen Akteure zurückgreifen, dann können Bürgerinnen und Bürger auch auf unterschiedlichen Kanälen Ähnliches sehen, wodurch eine gemeinsame politische Öffentlichkeit erhalten bleibt (vgl. Gerhards 1998, 41f.). Fragmentierung wird auch als demokratische Arbeitsteilung beschrieben (vgl. Peters 1994, 62). Durch die Bildung einer Vielzahl von “publics”, die sich auf bestimmte Problembereiche konzentrieren, erhöht sich die Gesamtkapazität für die Behandlung von Themen und ermöglicht spezielle Kompetenzsteigerungen durch die intensivere Beschäftigung mit bestimmten Themengebieten.

Die praktischen Auswirkungen der Fragmentierung haben Konsequenzen für die Einschätzung des Verlaufs der Europäisierung von Öffentlichkeit. Die Variante einer umfassend integrierten europäischen Öffentlichkeit auf Basis eines *pan-europäischen Mediensystems* ist empirisch unwahrscheinlich und für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit auch nicht notwendig. Die sprachliche und kulturelle Heterogenität Europas wirken einem pan-europäischen Mediensystem ebenso entgegen, wie die historisch gewachsene nationale

³⁴ In einem der wenigen Versuche strukturelle und inhaltliche Aspekte europäischer Öffentlichkeit systematisch zu verknüpfen kommt Sievert (vgl. 1998, 346) auf Basis eines systemtheoretischen Ansatzes zu dem Schluss, dass eine hohe internationale Synchronität beim Strukturkontext der Medieninstitutionen und eine mittelmäßige Synchronität beim Normenkontext der Mediensysteme sowie beim Rollenkontext der Medienakteure besteht. Beim Funktionskontext der Mediaussagen ist allerdings eine niedrige internationale Synchronität festzustellen. Die Ergebnisse der Arbeit von Sievert (vgl. 1998, 156) indizieren, dass der Journalismus in Europa zwar ökonomisch und technologisch auf der Ebene der Medieninstitutionen zusammenwächst, dass diese Entwicklungen jedoch kaum Auswirkungen auf die Synchronisation von Medieninhalten haben.

Fixierung des Journalismus entlang lokal, regional und national gebundener Publikumsinteressen (Nachrichtenfaktoren: Nähe, Betroffenheit). Auch das kulturell und politisch-organisatorisch differenzierte journalistische Berufsrollenverständnis bringt Probleme bei der Entwicklung pan-europäischer Medien (Hummel i.d.B.).

Diese Faktoren wurden in der frühen EU-Medienpolitik kaum berücksichtigt. Die ersten europäischen Initiativen waren u.a. von der optimistischen Erwartung getragen, mit grenzüberschreitendem Fernsehen auch den Prozess der kulturellen und politischen Integration voranzutreiben (vgl. Semetko/de Vreese/Peter 2000, 124). Mit der Liberalisierung der europäischen Rundfunkmärkte („Fernsehen ohne Grenzen“) wurden konkrete Schritte zur Entwicklung des Binnenmarktes im audiovisuellen Sektor gesetzt. Der Versuch, europäische Öffentlichkeit über ein Medienangebot herzustellen, das top-down beschlossen wird, ohne die gegebenen Rundfunkstrukturen zu berücksichtigen (Thomaß i.d.B.), scheint zumindest vorläufig gescheitert zu sein. Die zahlreichen Flops und die wenigen erfolgreichen Beispiele transeuropäischer Zeitungen und Fernsehkanäle werden häufig als empirische Belege für die Unwahrscheinlichkeit eines pan-europäischen Mediensystems angeführt (vgl. Schlesinger/Kevin 2000). Transeuropäische Veranstalter etablieren sich vorwiegend in Programmsparten, die mit wenig Sprache auskommen wie z.B. Musik- und Sportkanäle (vgl. Beierwaltes 2000). Laut Hasebrink (vgl. 2000, 99) lässt sich aber auch in diesen Bereichen ein Trend zur Regionalisierung und zur Trennung verschiedener Sprachversionen beobachten.

Aus oben genannten Gründen rückt die Variante europäisierter und transnational verschränkter, nationaler Öffentlichkeiten in den Vordergrund. Die Erweiterung der Senderräume in Europa in Folge von Liberalisierungsprozessen hat die Strukturbedingungen für transnationale Kommunikation verbessert. Die gegebenen Möglichkeiten werden jedoch nicht in hohem Maße für die Europäisierung von (politischer) Öffentlichkeit genutzt. Die Fragen nach Strukturen und Mechanismen, die geeignet sind, differenzierte Öffentlichkeitsarenen durch Vernetzung zu verbinden und durch Themen- und Interessen-Aggregation zu integrieren, sind daher entscheidend für die Entwicklung von europäischer Öffentlichkeit unter „Vielkanalbedingungen“. Unterschiedliche medienspezifische Faktoren werden hinsichtlich ihres Potenzials für transnationale Vernetzung, Aggregation und Integration ambivalent beurteilt.

Vernetzungsmechanismen: Risiken für die Medienvielfalt

Übereinstimmung besteht darüber, dass die Entwicklung europäischer Öffentlichkeit durch *transnationale Kommunikationsnetze* gefördert wird und nicht mehr an medientechnischen Barrieren scheitert. Übertragungstechniken geben die äußeren Grenzen von Kommunikationsräumen verbindlich vor (Kleinsteuber 1995, 43). Speziell Satellitenrundfunk und Internet, gemeinsame technische Standards und Interoperabilität, werden trotz ihrer gleichzeitigen Fragmentierungspotenziale als fördernde Faktoren für Europäisierungsprozesse betrachtet. Auch vormals kleinräumig verbreitete „Printmedien“ können aufgrund von Digitalisierung und Konvergenz im elektronischen Konsultationsmodus (many-to-one) einem „globalen Publikum“ angeboten werden (Web-Zeitungen). Für die Produktion, Diffusion

und Rezeption europäischer Inhalte steht mittlerweile in ganz Europa eine potente Medien-Infrastruktur zur Verfügung (vgl. Saxer i.d.B.).

Der *Transnationalisierung von Besitz- und Eigentumsstrukturen* im Mediensektor werden keine positiven Effekte für die Europäisierung von Öffentlichkeit attestiert (siehe Meier/Trappel i.d.B.). Die führenden Medienunternehmen haben sich aufgrund von Deregulierung, Privatisierung, Digitalisierung und Marktsättigung in westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern in starkem Maße transnationalisiert bzw. europäisiert, dies führt jedoch zu keiner europäischen, sondern eher zu einer „provinziellen“ Öffentlichkeit. Meist dominieren „glokale“ Strategien: Global abgestimmte Konzernstrategien werden aufgrund der kulturellen Gebundenheit von Medienprodukten mit lokal abgestimmten Produktstrategien kombiniert (Meier/Trappel i.d.B.; vgl. auch Klaus i.d.B.). Im Fernsehsektor klafft zwischen den durch nationale Public Service-Veranstalter abgesicherten nationalen Informations- und Bildungsangeboten einerseits, und den globalisierten Unterhaltungsangeboten andererseits, eine breite Lücke. „Genuin europäische Informations- und Unterhaltungsangebote spielen kaum eine Rolle“ (Eilders et al. i.d.B.). Speziell in den neuen EU-Mitgliedstaaten operieren wenige ressourcen- und know-how-starke transnationale Medienkonzerne, die versuchen, erprobte Formate mit möglichst geringen kontextuellen Anpassungen zu exportieren. In Summe befördert die verstärkte Transnationalisierung der kommerziell ausgerichteten Medienkonzerne die politische und kulturelle Europäisierung nur in geringem Maße, schafft aber gleichzeitig durch transnationale Eigentumskonzentration demokratiepolitische Probleme (Meier/Trappel i.d.B.).

Die Beurteilung *grenzüberschreitender Medienkooperationen* ist ambivalent. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form multilateraler Allianzen und durch den Austausch von Beiträgen, Beilagen und Journalisten hat zugenommen. Dies kann „zur Verbreitung identischer Inhalte an sonst getrennter Publika führen“ und lässt sich somit als „Mechanismus der Arenenvernetzung“ ansehen (Erbe i.d.B.). Zum Teil finden auch transnationale Kooperationen im öffentlichen Rundfunk statt (Thomaß i.d.B.). Mit Blick auf Informationsfreiheit, Pluralismus und internationale Informationshegemonie werden transnationale Kooperationen auf Medienebene aber genauso kritisch beurteilt wie die Dominanz einiger großer Nachrichtenagenturen. Umgekehrt liegen aber gerade in der starken Stellung *internationaler Nachrichtenagenturen* die größten Vernetzungspotenziale: Kollektive Akteure können mit ihren Medienkommunikationsstrategien mehrere mediale Arenen gleichzeitig ansprechen. Identischer Nachrichteninput durch Sender und Agenturen kann eine wichtige Ursache dafür sein, dass bei europäisch vergleichenden Inhaltsanalysen gleiche Themen zur gleichen Zeit mit gleichen Relevanzgesichtspunkten festgestellt werden (vgl. Erbe i.d.B.). Hervorgehoben werden jedoch auch die praktischen Probleme bei top-down Informationsstrategien: Einem vereinheitlichten, undifferenzierten EU-News-Management wirkt im europäischen Kontext vermutlich die unterschiedliche Verfasstheit der politischen und medialen Systeme und Kulturen entgegen (Hahn/Rosenwerth/Schröder i.d.B.).

Demokratiepolitisch unbedenklich erscheint die Vernetzung durch *transnationale Medienbeobachtung und -verweise*, etwa durch implizite Medienbeobachtung als Berufspraxis, durch explizite Zitate und Verweise als Nachrichtenquelle oder durch die expliziten Wiedergaben von fremden Meinungen, z.B. in Presseschauen (siehe Erbe i.d.B.). Diese Formen der journalistischen Praxis können zur Synchronisierung der Themenauswahl (Agenda-Setting) und zu gemeinsamen Problemrahmungen (Deutungskonvergenz) führen und ent-

falten dadurch eine vernetzende Wirkung. Speziell Presseschauen vergrößern die transnationale Sichtbarkeit und die Bandbreite an Meinungen und Argumenten und heben dadurch die Qualität des Mediendiskurses. Ihre praktische Bedeutung für die Europäisierung von Öffentlichkeit ist aufgrund ihres vergleichsweise geringen Stellenwerts innerhalb des Gesamtprozesses der politischen Information und Meinungsbildung jedoch nicht besonders hoch (Erbe i.d.B.).

Potenziale werden auch in *transnationalen Rechercheansätzen* bzw. transnationalen Journalistennetzwerken gesehen (vgl. v.a. Meyer 2003a; 2003b; auch Neverla i.d.B.). Medien können ihre Kontrollfunktionen im europäischen Kontext nur wahrnehmen, wenn sie die über Europa hinweg verstreuten Informationen und Meinungen zu europapolitischen Angelegenheiten sammeln und einander gegenüberstellen, um Informationsrückstände³⁵ zu kompensieren und Widersprüche aufzudecken. Laut Meyer (2003a, 244) braucht eine funktionierende europäische Medienöffentlichkeit deshalb Medien mit transnationalem Rechercheansatz. „Wenn sich politische Akteure aus unterschiedlichen Ländern treffen, um Politik zu gestalten, müssen Journalisten in der Lage sein, ihren natürlichen Informationsrückstand durch Kooperation und länderübergreifende Recherchen zu kompensieren.“

Kommerzialisierung: Öffentlicher Rundfunk als Gegengewicht

Die Diskussion der Entstehung europäischer Öffentlichkeit wird auch vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnisses „öffentlich – privat“ geführt. Christian Steininger (i.d.B.) formuliert eines der Grundprobleme unter Bezug auf die ökonomische Güterlehre: „Wer an der Produktion kollektiver Güter (Öffentlichkeiten) interessiert ist, muss Öffentlichkeitsgrade jener Güter berücksichtigen, die zur Konstituierung ersterer von Nöten sind, muss die mediale Paradoxie einer privaten (kommerziellen) Institutionalierungs- und Organisationsform öffentlicher Medien problematisieren.“ Welche Leistungen für die Europäisierung politischer Öffentlichkeit können unter den Bedingungen von Liberalisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung im europäischen Mediensystem erwartet werden? Erklärungsansätze, die mediale und politische Strukturbedingungen europäischer Kommunikation berücksichtigen, bieten sich zur Einschätzung von Auswirkungen der Kommerzialisierung der Mediensysteme auf die Entwicklung europäischer Öffentlichkeit an.

Politische Öffentlichkeit basiert auf politischer Kommunikation. *Publikumspräferenzen für Unterhaltungsangebote* werden als Hindernisse für die Entstehung europäischer politischer Öffentlichkeit diskutiert und zunehmender Wettbewerb zwingt Medienunternehmen zu einer Steigerung der allokativen Effizienz, zur Produktion entlang der Publikumspräferenzen. Die Rezipienten verlangen einen Informationsnutzen und/oder einen Unterhaltungsnutzen. Aufgrund der Orientierung an Rezipientenpräferenzen wird Unterhaltung verstärkt angeboten, Information wird mit Unterhaltung angereichert, und der Gebrauchswert der Information wird erhöht. Für ein nicht am Markt orientiertes Angebot, für die Orientierung an der intrinsischen Motivation der Journalisten bleibt immer weniger Raum (vgl. Heinrich

³⁵ Informationsasymmetrien zwischen europapolitischen Akteuren und Journalisten resultieren einerseits aus der entlang nationalstaatlicher Interessen versäulten Informationsvermittlung und -beschaffung und andererseits aus Informationsdefiziten über EU-Politik auf Seiten der Journalisten, die nicht zuletzt auch auf Mängel in der journalistischen Ausbildung zurückgeführt werden.

1999, 76). Diese Unterhaltungsorientierung spricht tendenziell für Unterhaltungsangebote und gegen politische Information im Medienangebot, mit entsprechend negativen Effekten in Bezug auf die Entstehung politischer Öffentlichkeit (vgl. Adam/Berke/Pfetsch 2003, 83), wobei in diesem Punkt keine Unterschiede zwischen dem nationalen und dem europäischen Kontext bestehen.

Gleichzeitig ist das Potenzial von Populärkultur und Unterhaltungsöffentlichkeit für transnationale Integration noch wenig erforscht (vgl. Saxer i.d.B.) und unklar bleibt damit auch, wo der spezifische Beitrag der Transnationalisierung der Populärkultur für die Europäisierung von Öffentlichkeit liegt. Klaus (i.d.B.) vertritt die These, dass die Unterhaltungsmedien und populärkulturellen Programme heute viel stärker in die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit involviert sind als Informationsprogramme und bildungsbürgerliche Medien. Möglicherweise liegt der Beitrag der Transnationalisierung der Unterhaltungskultur zur Europäisierung von politischer Öffentlichkeit in der Herausbildung jenes „gemeinsamen Referenzrahmens“, nach dem in ländervergleichenden Analysen der politischen Berichterstattung regelmäßig gesucht wird.

Im Bereich politischer Berichterstattung führt die kommerzielle Medienlogik zu einer stärkeren *Orientierung an Nachrichtenfaktoren* im journalistischen Selektionsprozess. Der geringe Nachrichtenwert europäischer Politik gilt als eine zentrale Ursache für europäische Öffentlichkeitsdefizite. EU-Politik erfüllt Selektionsfaktoren wie Nähe, Betroffenheit und Relevanz in geringerem Ausmaß als nationale Politik. Mangelnde Betroffenheit und Relevanz werden auf geringe Einflussmöglichkeiten zurückgeführt (Direktwahlen, Referenden)³⁶ und übereinstimmend als wesentliche Hindernisse für Europäisierung genannt.³⁷ Die Komplexität und Intransparenz europäischer politischer Entscheidungsprozesse, die Dominanz von Verwaltungshandeln, sowie die traditionelle Konsensorientierung und Kollektiventscheidungen werden als weitere Hemmnisse diskutiert. Sie zählen zu den Strukturmerkmalen von EU-Politik und tragen zur politischen Funktionsfähigkeit der EU bei, erschweren jedoch umgekehrt die Berichterstattung über die EU, die auf Information, Personalisierung und auf die Vermittelbarkeit durch klare Konfliktlinien angewiesen ist (v.a. Meyer 1999, 629f.; 2004).

Nur durch *Konflikthaftigkeit und Skandalisierung* konnten Nachrichtenwerte punktuell gesteigert werden. Dem stand wiederum lange die traditionelle Konsensorientierung im EU-politischen Entscheidungsprozess, aber auch das Brüsseler Pressecorps entgegen, das sich v.a. in der frühen Integrationsphase zum überwiegenden Teil aus starken Integrationsbefürwortern zusammensetzte.³⁸ Mit der zunehmenden „Politisierung“ der Europäischen Union (vgl. Risse 2002) und der Zunahme kritisch-investigativ orientierter Journalisten in Brüssel (vgl. Meyer 2000; 2003a) verbessern sich die strukturellen Voraussetzungen für

³⁶ Fehlende Partizipationsmöglichkeiten zählen zu den politisch-institutionellen Barrieren für die Entstehung europäischer Öffentlichkeit. Das Zusammenwirken zwischen politisch-institutionellen Barrieren und medienspezifischen Barrieren wird an dieser Stelle besonders deutlich und verlangt nach einer kombinierten Analyse politischer und medialer Einflussfaktoren zur Erklärung von Öffentlichkeitsdefiziten.

³⁷ Vgl. Gerhards (1993, 108), Eder/Kantner (2000, 314), Abromeit (2001, 84). Als empirischer Beleg wird die erhöhte Medien- und Publikumsaufmerksamkeit für EU-Politik im Zuge von Referenden angeführt, etwa die Abstimmungen über den Vertrag von Maastricht, die Euro-Einführung, den Vertrag von Nizza und die EU-Verfassung.

³⁸ „Viele der in Brüssel arbeitenden Korrespondenten sahen es als ihre Aufgabe an, die europäische Einigung in ihrer Berichterstattung in einem positiven Licht erscheinen zu lassen und die zentralen Institutionen, allen voran die Kommission, gegen Kritik aus den Mitgliedstaaten in Schutz zu nehmen“ (Meyer 2003a, 239).

mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik. Ein Trend von „permissivem Konsens“, „Hofberichterstattung“ oder „pro-europäischem Lobbying-Journalismus“ hin zu verstärkter „Kritik und Kontrolle“ in europapolitischen Angelegenheiten scheint erkennbar, orientiert an Unterhaltungswerten und auf Basis emotionalisierender Präsentationsstile.³⁹ Dies vollzieht sich zum Teil zu Lasten des politischen Integrationsfortschritts und der Unterstützung der europäischen Integration in breiten Bevölkerungskreisen, sowie nicht zuletzt auch auf Kosten der Sachgerechtigkeit (vgl. etwa Saxer i.d.B.).

Auf der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten werden v.a. die Potenziale des *öffentlichen Rundfunks* hervorgehoben, der in weniger starkem Ausmaß der kommerziellen Medienlogik unterliegt (vgl. Thomaß 2004, 59; i.d.B.). Public Service Broadcasting (PSB) kann aufgrund der Verpflichtung auf grundlegende kulturelle und gesellschaftliche Zielsetzungen leichter in den Prozess der Europäisierung von Öffentlichkeit eingebunden werden.⁴⁰ Dafür ist es aber notwendig, den Gehalt des Public Service Broadcasting grenzüberschreitend zu denken. Reale Ansatzpunkte dafür sind neue grenzüberschreitende Sender und Kooperationen zwischen öffentlichen Sendern sowie die Auslandssender („Deutsche Welle & Co“, siehe Kleinsteuber i.d.B.), deren Programmaufträge über nationale Grenzen hinaus definiert und zu erfüllen sind. Zur besseren Nutzung der Potenziale ist es erforderlich, öffentlichen Veranstaltern eine Entfaltung in Richtung europäischer Öffentlichkeit zu ermöglichen. Hier sind auch die nationale und die europäische Medienpolitik gefordert: Public Service Broadcasting ist bislang im nationalen Rahmen definiert und aufgrund von Herkunft, rechtlichem Rahmen und Praxis eine national begrenzte Institution. Diese nationale Selbstbeschränkung ist ein entscheidendes Hindernis, daher wird auch die Erweiterung der nationalen Sendemandate um eine europäische Dimension vorgeschlagen (vgl. Thomaß 2004; i.d.B.). Für die EU-Ebene, auf der öffentlicher Rundfunk bislang vorwiegend als Dienstleistung definiert und behandelt wird, fehlt eine Sichtweise des Rundfunks als „Medium und Faktor“ für öffentliche Meinungsbildung (vgl. Stock 2004) und „ein Rezipientenbild, das den Konsumenten und den Bürger umfasst“ (Thomaß i.d.B.). Die aus dieser Sichtweise abgeleiteten institutionellen Vorkehrungen für die Rundfunkentwicklung (z.B. Bestands- und Entwicklungsgarantien) werden auch für die supranationale Politik eingefordert.

4 Zivilgesellschaft und Publikum in der europäischen Öffentlichkeit

Öffentlichkeit kann als Kommunikationsraum für Meinungsartikulation und -bildung, vom institutionalisierten Raum der Entscheidungsfindung im politisch-administrativen System unterschieden werden.⁴¹ Im Gegensatz zum politischen Entscheidungsraum mit festgelegten

³⁹ Als markantestes Beispiel für eine EU-skeptische Berichterstattung wird auf Großbritannien verwiesen (Pfetsch et al. 2004).

⁴⁰ Die empirischen Befunde zu den Leistungen öffentlicher Sender für europäische Öffentlichkeit sind widersprüchlich (vgl. Thomaß i.d.B. unter Verweis auf Daten von Lauf/Peter 2004 und Kevin 2001).

⁴¹ “Involved in the discourse-theoretical notion of the public sphere is a distinction between opinion formation, which is the domain of the public sphere, and will formation, which is the domain for decision making units within the political system. Publics do not act, as they possess no decision-making agency. In public spheres it is not possible to deliberate and as such form options about what should be done. In pluralistic and complex societies public opinion is 'anonymous' - it is 'decentred' into the network of communication itself, it is dispersed, and has

Teilnahme- und Abstimmungsregeln handelt es sich bei Öffentlichkeit um einen grundsätzlich offenen Kommunikationsraum. Trotz der prinzipiellen Offenheit sind die Möglichkeiten zur Teilnahme an öffentlichen Diskursen aber nicht über alle Gruppen hinweg gleichmäßig verteilt. Über Partizipationsmöglichkeiten und Definitionsmacht verfügen vor allem jene, die als Akteure konstituiert und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet sind (politische Akteure, Massenmedien, organisierte Interessengruppen). Es besteht jedoch die normative Forderung, dass auch die Stimmen der nicht etablierten, staatsfernen, oft nur schwach organisierten Akteure der Zivilgesellschaft gehört werden. Alle mehr oder weniger überzeugenden innovativen Ideen sollen Artikulationschancen haben (Gleichheitsanforderung)⁴² und im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden. Wie aber verhält sich die diskutierende Öffentlichkeit zu den etablierten Strukturen des demokratischen Entscheidungsprozesses und welche „Transformationsmechanismen“ (Peters 1994) bestehen im europäischen Kontext? Zentrale Themen der Diskussion über die Rolle des Publikums und der Zivilgesellschaft in der europäischen Öffentlichkeit sind (1) die demokratiepolitische Bedeutung des aktiven Publikums, (2) die physischen und virtuellen Orte wo Publikumsaktivität stattfindet sowie (3) die Möglichkeiten für die Institutionalisierung breiter Partizipation im europäischen Kontext.

Passives und aktives Publikum

Das „Publikum“ wird meist in der passiven Zuseherrolle beschrieben. Es fungiert als Adressat von öffentlicher Kommunikation, als öffentlichkeits-konstituierende Bezugsgruppe. Die Rezipientinnen und Rezipienten beobachten in der Rolle als Bürgerinnen und Bürger mittels Medienkommunikation politische Akteure, erfahren von Zielen und Entscheidungen, bilden sich Meinungen. Diese Konzeption deckt sich weitgehend mit liberal-repräsentativen Demokratie- und Öffentlichkeitsmodellen: Die Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger wird durch Elitenvertretung gewährleistet. Aktive Partizipation erfolgt via Wahlen geht aber nicht darüber hinaus. Dazu passt auch die Vorstellung des Publikums als Konsumenten von Medienangeboten, wobei sich die Äußerungsmöglichkeiten auf die in der Marktforschung üblichen Basisunterscheidung Nutzung oder Nicht-Nutzung beschränken (vgl. Eilders et al. i.d.B.). In der Praxis ist das Publikum jedoch nicht homogen und bloß zuhörend, denn Bürgerinnen und Bürger engagieren sich auch vielfältig. Dementsprechend konstituiert das Publikum sowohl über passive als auch aktive Partizipation an Kommunikationsereignissen Öffentlichkeit (vgl. Tobler i.d.B.).

Vor allem in partizipativen und deliberativen Demokratie- und Öffentlichkeitsmodellen spielt die *Aktivität des Publikums* eine wichtige demokratiepolitische Rolle. Die Offenheit des Diskurses soll sicherstellen, dass Öffentlichkeit zur Legitimation politischer Ordnungen beiträgt und demokratische Qualität fördert, indem die politische Ordnung und politische Maßnahmen in öffentlichen Debatten kritisch geprüft werden: “Public debate is the single most important clue to the assessment of democratic quality, because the legiti-

no power to govern. [...] In this context problems are identified, solutions are articulated, thematized and dramatized in such a way that they potentially become relevant for parliamentary bodies” (Eriksen 2000, 54).

⁴² Große Öffentlichkeiten bzw. Kommunikationszusammenhänge auf Basis moderner Kommunikationsmittel mit hohen Teilnehmerzahlen, spezialisierten Kommunikationsrollen, und asymmetrischer Verteilung von Wissen erzwingen jedoch eine Asymmetrie von Sprecher- und Hörerrollen. Im Zentrum der Gleichheitsanforderung steht daher die Chancengleichheit der Konkurrenz um Redezeit und Aufmerksamkeit (vgl. Peters 1994).

macy of power holders can be tested in relation to affected interests” (Eriksen/Fossum 2000, 17). Die Stimmen, der von potenziellen Entscheidungen Betroffenen, sollen als Input in den politischen Entscheidungsprozess eingehen und berücksichtigt werden. Andererseits erfordert auch der Output politischer Institutionen eine öffentliche Beleuchtung und Würdigung (Peters, 2003, 445).⁴³ Dabei spielen nicht nur Medien in ihrer Kontroll- und Kritikfunktion, sondern auch *Akteure der „Peripherie“*⁴⁴ eine wesentliche Rolle: Sie sind mit einer besonderen Problemsensibilität ausgestattet, die sich aus ihrer lebensweltlichen Einbindung ergibt und zu einer geschärften Problemwahrnehmung beiträgt. Als „Wahrnehmungsinstanz“ sollen sie neue Problemlagen erkennen und dem politischen System zur Kenntnis bringen (Eilders et al. i.d.B.). Akteure der Zivilgesellschaft wie z.B. soziale Bewegungen sollen die Resonanz, die gesellschaftliche Probleme in privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten problemlösende Diskurse institutionalisieren, dramatisieren, inszenieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten (vgl. Habermas 1998, 443). Durch die kontroverse Behandlung in den Medien erreichen die Themen das Publikum und gelangen auf die öffentliche Agenda.

Publikumsaktivität und mediale Aufmerksamkeit schaffen gemeinsam mit den institutionell gesicherten Partizipationsrechten und der Demoskopie⁴⁵ die Grundlage dafür, dass die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern an das politische System vermittelt werden und so Eingang in die politische Entscheidungspraxis finden können. Daher stellt sich die Frage nach den Orten, an denen Publikumsaktivität entfaltet wird, und nach dem Potenzial des „aktiven Publikums“ für die Europäisierung von Öffentlichkeit.

Orte des aktiven Publikums

Analysen europäischer Öffentlichkeit konzentrieren sich zumeist auf massenmediale Öffentlichkeit. Formen von Präsenzöffentlichkeiten werden weitaus seltener berücksichtigt. Damit findet jedoch der Beitrag des aktiven Publikums für Europäisierungsprozesse wenig Beachtung, denn Publikumsaktivität findet vorwiegend in kleineren Öffentlichkeitsarenen unterhalb der massenmedialen Öffentlichkeit statt (Präsenz-, Versammlungsöffentlichkeiten). Häufig wird darauf hingewiesen, dass massenmediale Öffentlichkeit wesentlich durch

⁴³ Als Legitimitätsdimensionen werden Input- und Output-Legitimität unterschieden (vgl. Scharpf 1970). Für die Beurteilung der Europäischen Union wird häufig auf letztere zurückgegriffen. Mit Peters (vgl. 2003, 445) ist die Bedeutung von Öffentlichkeit für Legitimität normativ betrachtet unabhängig von der Unterscheidung von Input- und Output-Legitimität und von unterschiedlichen Legitimationsansprüchen an unterschiedliche politische Entscheidungsverfahren oder -institutionen. „Es ließe sich darüber hinaus argumentieren, daß die Kontrollfunktion von Öffentlichkeit gerade da an Bedeutung zunimmt, wo institutionalisierte Formen demokratischer Entscheidungspartizipation schwach ausgebildet und schwierig zu entwickeln sind“ (Peters 2003, 445).

⁴⁴ Habermas (1998, 429ff.) entwickelt ein Konzept, das „Kommunikations- und Entscheidungsprozesse des rechtsstaatlich verfaßten politischen Systems auf der Achse Zentrum-Peripherie“ anordnet. Die beiden Pole bilden einerseits das Zentrum des politischen Systems bestehend aus den Institutionen der demokratischen Meinungs- und Willensbildung sowie andererseits die äußere Peripherie bestehend aus Verbänden die partikulare Interessen vertreten, Vereinigungen und kulturellen Einrichtungen, Kirchen, karitativen Verbänden sowie „public interest groups“. Sie gehören nach Habermas „zur zivilgesellschaftlichen Infrastruktur einer durch Massenmedien beherrschten Öffentlichkeit“ (Habermas 1998, 431).

⁴⁵ Die Bedeutung der Demoskopie als Lieferant von Publikumseinstellungen steigt, weil Medien zunehmend Umfrageergebnisse (z.B. des Eurobarometer) veröffentlichen, und damit sowohl das Publikum über sich selber als auch die politischen Entscheidungsträger über Publikumsmeinungen informieren. Zu beachten ist jedoch, dass Demoskopie nur ein schwacher Ersatz von Partizipation sein kann. (Für diesen Hinweis danken wir Friedhelm Neidhardt)

Aktivitäten auf einfachen und mittleren Öffentlichkeitsebenen sowie durch Interaktion und Verschränkung zwischen diesen Ebenen gespeist und mitgestaltet wird.⁴⁶ Klaus (i.d.B.; vgl. auch Saxer i.d.B.) betont, dass es vielfältige europäische Öffentlichkeiten gibt, die jedoch weder rein politische noch zentral massenmediale Öffentlichkeiten darstellen. Häufig genannte Beispiele für Orte und Formen aktiver Publikumsbeteiligung sind europäische Bewegungskulturen, Bewegungsöffentlichkeiten von Protestbewegungen im physischen öffentlichen Raum und die neuen Öffentlichkeitsarenen im virtuellen Raum des Internet. Davon zu unterscheiden sind geschlossene issue-spezifische Netzwerke, die sich im Vor- und Umfeld europapolitischer Entscheidungen bilden, um Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Das *Potenzial* und die *Praxisrelevanz* solcher Öffentlichkeitsarenen mit aktiver Publikumsbeteiligung für die Entwicklung europäischer Öffentlichkeit werden ambivalent beurteilt:

Im Bereich einfacher *Encounter-Öffentlichkeiten* wird u.a. auf „die mannigfaltigen Kommunikationsbeziehungen mit Europa als Reisekontinent oder zwischen Anhängern ähnlicher Lebensstile“ (Saxer i.d.B.) sowie auf interpersonale Begegnungen hingewiesen, etwa auf Klassenfahrten, bei Sprach- oder Geschäftsreisen, die an der Formierung des „Gefühls Europa“ einen wichtigen Anteil haben (Klaus i.d.B.). Der spezifische Beitrag zur Entwicklung europäischer (politischer) Öffentlichkeit ist nicht geklärt. Das Potenzial liegt möglicherweise in der Förderung gegenseitigen Interesses und in der Entwicklung von europäischer Identität, die als fördernde Faktoren für transnationale Kommunikation und Verständigung gelten.

Im Bereich von mittleren *Veranstaltungs- und Versammlungsöffentlichkeiten im physischen öffentlichen Raum* werden i.d.R. die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Gruppen und hier speziell der neuen sozialen (Protest-)Bewegungen verortet (vgl. auch Romahn i.d.B.). Sie nutzen den öffentlichen Raum für die Herstellung von Öffentlichkeit und zur Erzielung öffentlicher Aufmerksamkeit für ihre spezifischen Anliegen durch gezielte Aufmerksamkeitsstrategien (z.B. Aktionismus). Sie sind dadurch auch an der Stabilisierung, Erweiterung und Reproduktion von Öffentlichkeitsstrukturen interessiert und beteiligt. Ihr spezifischer Beitrag zum Prozess der Europäisierung von Öffentlichkeit ist wenig erforscht. Zwar finden sich erfolgreiche Einzelbeispiele wie *Attac* oder die länderübergreifenden Proteste gegen den Irakkrieg (Klaus i.d.B.), dabei handelt es sich jedoch eher um Transnationalisierung im Sinne einer Internationalisierung der Protestbewegungen und weniger um Transnationalisierung in Form von Europäisierung. Rucht (2000, 191) argumentiert, dass „die EU-bezogenen Proteste transnationaler Akteure nicht zunehmen“. Netzwerkanalysen indizieren, dass sich Machtverhältnisse gemessen an medialer Präsenz immer stärker zu Gunsten prominenter politischer Repräsentanten und zu Lasten zivilgesellschaftlicher Gruppen verschieben (Adam 2004).

Neue, offene Arenen für Debatten etablieren sich auch unterhalb komplexer massenmedialer Öffentlichkeiten als *virtuelle Öffentlichkeiten* im künstlichen Raum des Internet (Online-Debatten in Talkboards, Chatrooms). Ihnen wird speziell aufgrund der Interaktivität Potenzial zur Verbesserung der demokratischen Qualität attestiert, durch die Belebung

⁴⁶ Klaus (i.d.B.) macht dies durch Beispiele aus der Frauenbewegung deutlich, deren Erfolge in der etablierten politischen, massenmedialen Öffentlichkeit wesentlich durch Bewegungskulturen wie Netze persönlicher Freundschaften, Symbole und Rituale sowie durch Bewegungsöffentlichkeit wie Versammlungswesen, Vortragsreisen, Alternativpresse und Proteste vorbereitet wurden.

öffentlicher Diskussionen und durch die Partizipation breiterer Bevölkerungskreise. Meist wird betont, dass die faktische Nutzung dieses Potenzials neuer Informations- und Kommunikationstechnologien stark vom Zusammenspiel sozialer, politischer und ökonomischer Faktoren abhängt. Einige Initiativen der Europäischen Union zielen auf eine breitere Einbindung von Bürgern, Bürgerinnen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen in der Diskussion europapolitischer Themen ab. Beispielsweise die *Interactive Policy Making Initiative* der EU-Kommission und die Online-Plattform *Your Voice in Europe* (vgl. Winkler/Kozeluh/Brandstetter i.d.B.). Die Ergebnisse von Winkler et al. (i.d.B.) zeigen eine hohe Diskursqualität in der Online-Debatte über die europäische Verfassung (Interaktion, Diskursrationalität). Sie indizieren jedoch auch, dass die Plattform vorrangig von einem Eliten-/Fachpublikum mit entsprechendem Expertenwissen genutzt wird, wohingegen sich eine breite Einbindung europäischer Bürgerinnen und Bürger nicht abzeichnet. Über die vielfältigen Online-Informations- und Kommunikationsplattformen für europäische Politik unterhalb der Online-Foren, die direkt an die EU-Institutionen angeschlossen sind, existieren kaum Forschungsarbeiten.⁴⁷ Hier zeigt sich ein weiteres Defizit der europäischen Öffentlichkeitsforschung, denn beim gegenwärtigen Forschungsstand lassen sich kaum Rückschlüsse auf den Beitrag virtueller Öffentlichkeitsarenen zur Europäisierung von Öffentlichkeit ziehen.

Als wichtige Arenen europäischer Öffentlichkeit werden auch die institutionalisierten, themenspezifischen Kommunikationsnetzwerke gesehen, die sich im Umfeld der EU-Institutionen und im Vorfeld europapolitischer Entscheidungen bilden (vgl. Eder/Hellmann/Trenz 1998; Eder 2000). Institutionalisierte Netzwerke der Politikberatung sind nicht neu und werden immer öfter als Online-Konsultationen eingerichtet (Winkler et al. i.d.B.). Im Unterschied zu offenen, frei zugänglichen Online-Debatten handelt es sich bei physischen und virtuellen Netzwerken aber oft um geschlossene Befragungen oder Konsultationen, die sich nur an einen ausgewählten Kreis von institutionalisierten Gruppen richten (Winkler et al. i.d.B.). Auch wenn damit eine bessere Einbindung organisierter Gruppen erreicht wird, erfüllen diese Arenen nicht die normativen Anforderungen in Bezug auf offenen Zugang und Inklusion (vgl. Tobler i.d.B. unter Verweis auf Gerhards 2000; 2002).

Darüber hinaus könnte eine starke institutionelle Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Politikberatungsprozesse sogar negative Effekte auf die breiten, öffentlichen Debatten haben: Die Offenheit der europäischen politischen Beratungsprozesse für Lobbying führt zu einem relativ geringen Interesse der Interessengruppen, ihre Themen über die Mobilisierung der Medien zu lancieren (vgl. Gerhards 2002, 153).⁴⁸ Zu einem ähnlichen Schluss kommen auch Eilders et al. (i.d.B.) auf Basis einer ländervergleichenden Analyse der Formen von Publikumspartizipation. Dort wo Publikumspartizipation durch die Medienpolitik vorgeschrieben wird, besteht geringer Anlass seitens des Publikums, selbst Zuschauerorganisationen zu gründen. Derartige Organisationen zeichnen sich durch

⁴⁷ Die Untersuchungen beschränken sich meist auf die Erfassung von Europabezügen auf einzelnen Online-Informationsplattformen (ausgewählte Medien, politische Parteien, öffentliche Körperschaften), beispielsweise die Internetkommunikation der EU-Kommission (Loitz 2000), die EU-Bezüge im EP-Wahlkampf deutscher Parteien (Schweitzer 2005) oder die Linkstrukturen zwischen ausgewählten politischen Akteuren (Zimmermann/Koopmans/Schlecht 2004). Für einen Versuch, die Europäisierung von Öffentlichkeit im Internet durch die Analyse von Suchmaschinenergebnissen zu erfassen siehe Koopmans/Zimmermann (2003).

⁴⁸ „Brüssel ist der Ort der geräuschlosen Lobbies, und nicht der lärmenden Protestakteure“ (Gerhards 1993, 104).

Problemsensibilität und die öffentliche Artikulation ihrer Interessen aus, während medienpolitisch vorgesehene Institutionen oft außerhalb des Blickfelds der Öffentlichkeit agieren. In Summe zeigen sich bei der Erfassung des Beitrages des aktiven Publikums zur Entstehung europäischer Öffentlichkeit erhebliche Forschungsdefizite, speziell in Bezug auf die Rolle des Internet und neuer sozialer Bewegungen. Bei der Einschätzung des Stellenwerts partizipativer Öffentlichkeitsarenen ist grundlegend deren geringe Breite im Vergleich zur massenmedialen Öffentlichkeit zu berücksichtigen. Themen und Meinungen bleiben weitgehend folgenlos, wenn sie die Selektionsbarriere zur Medienöffentlichkeit nicht überwinden können (vgl. Donges/Jarren 1999, 92). Kommunikation in vielfältigen kleineren Öffentlichkeitsarenen kann jedoch zum Input für massenmediale Öffentlichkeit werden. Partizipative Öffentlichkeitsarenen können sich hinsichtlich bestimmter Interessenlagen relativ leicht neu bilden. Beiträge zu einem Thema können in lokalen Umgebungen formuliert und getestet werden. Bewährte Argumente und Interpretationen werden von Repräsentanten und Massenmedien aufgegriffen und finden so den Weg in breitere Öffentlichkeitsarenen (siehe dazu auch Peters 1994, 59f.). Partizipative Öffentlichkeitsarenen mit starker Publikumseinbindung können die Informations- und Kontrollleistungen der Massenmedien zwar nicht ersetzen, mit Sicherheit jedoch sinnvoll ergänzen. Speziell den Prozessen der stufenweisen Themen- und Interessen-Aggregation im Spannungsfeld von Fragmentierung und Integration der verschiedenen Öffentlichkeitsarenen sollte im europäischen Kontext daher auch mehr Beachtung geschenkt werden.

Institutionalisierte Partizipation

Formen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung sind an Organisationen gekoppelt und zumeist formalisiert, während der Meinungsbildungsprozess in Öffentlichkeitsarenen zum unstrukturierten Bereich der politischen Kommunikation gehört (vgl. Jarren 1998, 689). Öffentlichkeit wird dabei zum Teil als vor- oder gar anti-institutionelles Element verstanden. „Der Begriff hat gewisse 'oppositionelle' Konnotationen; der Sinn einer ideellen (oder intellektuellen) 'Gegenmacht' schwingt mit. Auch die Rede von einer 'kritischen' Funktion der Öffentlichkeit oder das Bild von der Richterrolle suggerieren diese Außenposition, von der aus über vorgegebene Initiativen und Entscheidungen des politischen Zentrums zu urteilen wäre“ (Peters 1994, 48). Doch diese Vorstellung greift aufgrund ihrer Abgelöstheit von formellen Entscheidungsprozessen zu kurz. Öffentliche Meinungsbildung soll in institutionalisierte Beschlussfassung einmünden. Wie aber verhält sich die diskutierende Öffentlichkeit zu den etablierten Strukturen des demokratischen Entscheidungsprozesses?

Folgt man systemtheoretischen Spiegelmodellen, ermöglicht Öffentlichkeit die Selbstbeobachtung der Gesellschaft und damit auch die Beobachtung der in den Medien abgebildeten Interessen der Bürgerinnen, Bürger und Interessengruppen durch Akteure des politisch-administrativen Systems, die ihre politischen Anschlusshandlungen mit dem Ziel der Stimmenmaximierung u.a. an den via Medien und Meinungsforschung beobachteten Nutzenpräferenzen der Wählerinnen und Wähler orientieren. Laut Eder/Kantner (vgl. 2000, 310f.) ist die Vorstellung jedoch irreführend, dass der Einfluss von öffentlichen Diskursen sich schlicht über Beobachtung an die Entscheidungsträger vermittelt. Um öffentlichen Diskursen politischen Einfluss zu garantieren, verlassen sich demokratische Verfassungs-

staaten auf ein System von Institutionen und Verfahren, welche die vielfach gefilterte Transformation öffentlicher Meinungsbildungsprozesse in administrative Willensbildungsprozesse strukturieren. Wahlverfahren und andere Partizipationsrechte, Gesetzgebungs- und Konfliktbearbeitungsverfahren übernehmen diese Rolle. Zentral ist laut Eder/Kantner deshalb vor allem der rechtliche Aspekt, weil allein institutionalisierte Partizipationschancen eine handlungsrelevante Verbindung zwischen Reden und Entscheiden herstellen. „Nur so wird sichergestellt, dass Ergebnisse der Meinungsbildungsprozesse als Input ins politische System der Entscheidungsfindung transportiert werden“ (Eder/Kantner 2000, 315). Gleichzeitig sind in der politischen Praxis institutionalisierte Formen der breiten Partizipation auf europäischer Ebene (Wahlen, Referenden) schwach ausgeprägt (Gerhards 1993, 108; Eder/Kantner 2000, 314; Abromeit 2001, 84; Gerhards 2002, 154). Das Öffentlichkeitsdefizit der Europäischen Union, so eine der zentralen Thesen, bestehe nicht auf der Ebene der politischen Kommunikation, sondern auf der Ebene der Anbindung öffentlicher Kommunikation an die institutionellen Entscheidungsprozesse (vgl. Kantner 2003, 217). Der Mangel an demokratischen Partizipationschancen auf europäischer Ebene sei letztlich der Punkt, der die Rede vom Öffentlichkeitsdefizit untermauere (vgl. Eder/Kantner 2000, 314). In dieser Sichtweise resultieren Öffentlichkeitsdefizite aus institutionellen europäischen Demokratiedefiziten, vor allem aus Partizipationsdefiziten. Umgekehrt können europäische Demokratiedefizite jedoch u.a. auf Öffentlichkeitsdefizite zurückgeführt werden, weil breite Aufmerksamkeit für EU-Politik nicht gegeben ist und weil transnationale öffentliche Debatten, die zur Legitimation politischer Entscheidungen beitragen, bei europapolitischen Entscheidungen nur in Ausnahmefällen erfolgen.

Praxisnah erscheint daher die Vorstellung gegenseitiger Wechselwirkungen im Verhältnis von Demokratie- und Öffentlichkeitsdefiziten. Monokausale Erklärungsmuster und einseitige Fixierungen sind weder im Bereich der Ursachendiagnose noch in Bezug auf Lösungsvorschläge zielführend. Die Entstehung europäischer Öffentlichkeit ist, so wie die Demokratisierung der politischen Europäischen Union, ein Prozess, für den Politik, Medien sowie Bürgerinnen und Bürger gemeinsam verantwortlich zeichnen. Alle involvierten Akteure und ihr Zusammenwirken verdienen daher weiterhin die Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Analyse europäischer Öffentlichkeit.

5 Schlussfolgerungen

Das Bild vom „Raumschiff Brüssel“ (Oldag/Tillack 2003), das ohne Kontakt zur Erde in fernen Galaxien schwebt, steht u.a. für die mangelnde Verbundenheit der Europäischen Union mit der europäischen Bevölkerung und somit für das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit, die das Projekt Europa erden und demokratisch kontrollieren könnte. Öffentlichkeitsdefizite der Europäischen Union gelten als Hemmnisse im europäischen Integrations- und Erweiterungsprozess und stehen mit europäischen Demokratiedefiziten in Wechselwirkung. Vor dem Hintergrund der steigenden Brisanz demokratiepolitischer Probleme in der EU etabliert sich ein transdisziplinärer Forschungsstrang, der sich mit der Entstehung und Bedeutung europäischer Öffentlichkeit auseinandersetzt. Die Fragen, wie europäische Öffentlichkeit idealtypisch aussehen soll, wie ihre Formierung erfolgt und zu erfassen ist, und welche strukturellen Hindernisse es zu überwinden gilt, werden von Politik und Wissenschaft zunehmend gestellt und ganz unterschiedlich beantwortet. In der For-

schung werden mit verschiedensten Analyseansätzen widersprüchliche Ergebnisse über das Ausmaß und die Formen der Europäisierung von Öffentlichkeit erzielt. Unterschiedliche Indikatorensysteme und Messverfahren sowie divergierende Idealvorstellungen von Demokratie zeichnen dafür verantwortlich.

Eine anerkannte Demokratietheorie für die supranationale politische Ordnung der EU fehlt und damit die Referenzpunkte zur Entwicklung einer normativen Theorie europäischer politischer Öffentlichkeit. Aufgrund unterschiedlicher Funktionszuweisungen in den verschiedenen Demokratie- und Öffentlichkeitsmodellen besteht auch keine Einigkeit über ein adäquates normatives Konzept einer idealtypischen Öffentlichkeit für den Kommunikationsraum Europa. Übereinstimmung besteht jedoch darüber, dass die für Nationalstaaten entwickelten Öffentlichkeitsmodelle nicht unadaptiert auf das europäische Mehrebenen-System übertragbar sind.

Ergebnisse aus der Öffentlichkeitsforschung legen nahe, die in vielen Konzepten europäischer Öffentlichkeit vorherrschende einseitige Fixierung auf einzelne Kriterien zugunsten *mehrdimensionaler* Anforderungsprofile an Öffentlichkeit aufzugeben. Damit könnte das ganze Spektrum, beginnend von Minimalanforderungen (Transparenz) bis hin zu Optimalbedingungen (transnationale Interdiskursivität) abgedeckt werden, um damit Standortbestimmungen vornehmen und Qualitätssteigerungen erfassen zu können. Eine weitere Empfehlung betrifft die empirische Forschung, wo die Anforderungen an Umfang, Qualität, Transnationalität und Inklusion europäischer politischer Kommunikation, der jeweiligen politikfeldspezifischen Kompetenzverteilung im europäischen Mehrebenensystem und den zur Disposition stehenden Sachfragen angepasst werden sollten.

Mehrdimensionale, differenzierte Analysedesigns sind in der europäischen Öffentlichkeitsforschung selten. Es dominieren unterschiedliche einseitige Fixierungen und dementsprechend divergieren auch die Einschätzungen über Existenz, Ausmaß, Formen und Qualität europäischer Öffentlichkeit. Die Studien verweisen zwar in unterschiedlichem Ausmaß auf „Ansätze“ europäischer Öffentlichkeit, allerdings wird nie behauptet, dass Europa bereits über eine breite, tragfähige politische Öffentlichkeit verfügt. Empirische Analysen konzentrieren sich auf massenmediale Öffentlichkeit und dabei vor allem auf Printmedien aus dem Qualitätssegment einwohnerreicher EU-Länder. Studien über Rundfunk- und v.a. über Internet-Inhalte sind ebenso unterrepräsentiert wie Untersuchungen über kleinere europäische Länder. Forschungslücken bestehen auch bei Langzeituntersuchungen, mit denen die Entwicklungspfade (Prozesshaftigkeit) der Europäisierung von Öffentlichkeit erfassbar wären. In Summe liegen Ergebnisse über jeweils einzelne Merkmale europäischer Öffentlichkeit vor, die keine Gesamtbeurteilung von Entwicklungstrends erlauben.

Der Weg zur europäischen Öffentlichkeit führt, so die dominante Vorstellung, über die zunehmende Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und deren gegenseitige transnationale Verschränkung. Die dazu alternative Zielvorstellung einer pan-europäischen Öffentlichkeit ist empirisch weniger wahrscheinlich. Die Europäisierung von Öffentlichkeit verlangt nach einer Transnationalisierung, genauer gesagt, nach einer Europäisierung von Kommunikationsprozessen. Eine derartige Perspektive auf den Entwicklungspfad europäischer Öffentlichkeit öffnet ein weites Feld für Kommunikationsforschung, die von vorne herein transnational angelegt oder im nach hinein länderübergreifend verknüpft wird. Die Analyse der Europäisierung von Öffentlichkeit verlangt somit auch nach einer Europäisierung der Forschungsperspektiven und der Untersuchungspraxis.

Konstatierte Mängel europäischer Öffentlichkeit bilden die Ausgangspunkte für Ursachendiagnosen und Reformvorschläge, die meist bei politischen und medialen *Strukturbedingungen* europäischer Öffentlichkeit ansetzen. Studien zeigen, dass vor allem die kombinierten theoretischen Analysen von medialen und politischen Strukturbedingungen plausible Erklärungen für die Entwicklung von Öffentlichkeit erlauben. Allerdings fehlen *systematische Verknüpfungen* zwischen den Analysen des politischen und medialen Strukturwandels mit jenen der Entwicklung der Kommunikationsinhalte. Erst kombinierte Analysen ermöglichen Rückschlüsse auf die Auswirkungen der strukturellen politischen und medialen Veränderungen auf Europäisierungsprozesse. Nur so könnte festgestellt werden, ob die zunehmende Politisierung der EU sich tatsächlich in steigender medialer Aufmerksamkeit niederschlägt, ob die Kommerzialisierung der Mediensysteme sich zugunsten oder zu Lasten von Europäisierungsprozessen auswirkt und ob öffentlicher Rundfunk die vielseitig behaupteten Potenziale zur Europäisierung von Öffentlichkeit tatsächlich nutzen kann.

Forschungslücken bestehen auch bei der Analyse *der vielfältigen Öffentlichkeitsarenen* unterhalb der massenmedialen Öffentlichkeit. Lediglich die institutionalisierten Kommunikationsnetzwerke im Umfeld der EU-Institutionen sowie deren Online-Informations- und Diskussionsplattformen finden Beachtung. Über die vielfältigen Kommunikationsplattformen für europäische Angelegenheiten außerhalb der EU-Institutionen existieren nur wenige Forschungsarbeiten. Damit fehlen Analysen zu den Möglichkeiten und zur Praxis der aktiven Teilnahme von Bürgerinnen, Bürgern und zivilgesellschaftlichen Akteuren am Kommunikationsraum Europa. Der Forschungsstand lässt daher noch kaum Rückschlüsse auf den Beitrag partizipativer, virtueller und physischer Öffentlichkeitsarenen zur Europäisierung von Öffentlichkeit zu.

Publikumsaktivität und mediale Aufmerksamkeit schaffen gemeinsam mit institutionell gesicherten Partizipationsrechten und der Demoskopie die Grundlage dafür, dass die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern an das politische System vermittelt und politische Prozesse für Bürgerinnen und Bürger transparent gemacht werden. Das Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern mit Politik und Medien vollzieht sich also auch in jenem Kommunikationsraum, der als Öffentlichkeit bezeichnet wird und dessen zentrale Bedeutung in den demokratiepolitischen und sozialen Funktionen der Legitimation und Integration liegt. Dies gilt im nationalen Kontext gleichermaßen wie im europäischen. Der Prozess der europäischen (politischen) Integration sollte von der Entwicklung einer europäischen (politischen) Öffentlichkeit begleitet werden, um die Integration der europäischen Gesellschaft und die Legitimation der politischen Europäischen Union zu fördern. Für die Formierung europäischer Öffentlichkeit sind Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen, politischen und medialen Veränderungen von zentraler Bedeutung. Sie können nur aus transdisziplinärer Perspektive adäquat erfasst und beurteilt werden und verlangen nach disziplinenübergreifenden Forschungsansätzen und -projekten.

Literatur

Abromeit Heidrun / Schmidt, Thomas (1998): Grenzprobleme der Demokratie – konzeptionelle Überlegungen. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29. Opladen: Westdeutscher Verlag, 293-320.

- Abromeit, Heidrun (2001): Demokratie und Öffentlichkeit: ein supranationales Dilemma. In: Abromeit, Heidrun / Nieland, Jörg-Uwe / Schierl, Thomas (Hg.): Politik, Medien, Technik. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 75-91.
- Abromeit, Heidrun (2003): Möglichkeiten und Ausgestaltung einer europäischen Demokratie. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich, 31-54.
- Adam, Silke (2004): Power in the public arena – a network analysis. A comparison of the German debates on EU governance structures and on pension politics. Konferenzpapier präsentiert bei den 10. Kommunikationswissenschaftlichen Tagen "Medialer Wandel und Europäische Öffentlichkeit". Wien: ITA/IPKW, 11-12 November 2004 (unveröffentlicht).
- Adam, Silke / Berkel, Barbara / Pfetsch, Barbara (2003): Media opportunity structures – A brake block of the Europeanisation of public spheres? In: della Porta, Donatella (ed.): Dimensions of Political Opportunities and the Europeanisation of Public Spheres. Project report, Europub.com WP 1. Berlin: WZB, 69-104. <http://europub.wz-berlin.de/> [22.12.2005].
- Beierwaltes, Andreas (2000): Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa. Baden-Baden: Nomos.
- Birk, Franz (2004): Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie EU-Euroskeptizismus. In: Krejci, Herbert: Grundlagen des Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union und dem Euro. Wien: ARGE Informations- und Medienforschung. http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_austriadebate_20.pdf [22.12.2005].
- Calhoun, Craig (2003): The Democratic Integration of Europe: Interests, Identity, and the Public Sphere. In: Berezin, Mabel / Schain, Martin (Hg.): Europe without Borders: Re-Mapping Territory, Citizenship and Identity in a Transnational Age. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 243-275.
- Donges, Patrick / Jarren, Otfried (1999) Politische Öffentlichkeit durch Netzkommunikation. In: Kamps, Klaus (Hg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 85-108..
- Eder, Klaus (2000): Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. Berliner Journal für Soziologie, 10 (2), 2000, 167-184.
- Eder, Klaus / Hellmann, Kai-Uwe / Trenz, Hans-Jörg (1998): Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29. Opladen: Westdeutscher Verlag, 321-344.
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach, Maurizio (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 306-331.
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen (2002): Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit. In: Berliner Debatte Initial, 13 (5-6), 79-88.
- Eilders, Christiane / Voltmer, Katrin (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen. In: Medien und Kommunikationswissenschaft, 51 (2), 250-270.
- Eriksen, Erik Oddvar (2000): Deliberative supranationalism in the EU. In: Eriksen, Erik Oddvar / Fossum, Erik (Hg.): Democracy in the European Union. Integration through deliberation? London / New York: Routledge, 42-64.
- Eriksen, Erik Oddvar / Fossum, Erik (2000): Post-national integration. In: Eriksen, Erik Oddvar / Fossum, Erik (Hg.): Democracy in the European Union. Integration through deliberation? London / New York: Routledge, 1-28.
- Europäischer Rat (2001): Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union. In: Europäischer Rat (2001): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 19-26. http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/68829.pdf [22.12.2005].

- Ferree, Myra / Gamson, William / Gerhards, Jürgen / Rucht, Dieter (2002): Four Models of the Public Sphere in modern Democracies. In: *Theory and Society*, 31 (3), 289-324.
- Firmstone, Julie (2003): Framing 'Britain in Europe': a comparative analysis of the British media agenda on Europe. Paper presented at the 2nd ECPR General Conference. Marburg, 18-21 September 2003.
- Fraser, Nancy (2003): Transnationalizing the Public Sphere. Paper prepared for the "Conference on Identities, Affiliations, and Allegiances". Yale University / Department of Political Science, 3-4 October 2003. <http://www.yale.edu/polisci/info/conferences/fraser1.doc> [22.12.2005].
- Gerhards, Jürgen (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 22 (2), 96-110.
- Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 77-105.
- Gerhards, Jürgen (1998): Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In: Jarren, Otfried / Krotz, Friedrich (Hg.): *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen*. Baden-Baden / Hamburg: Nomos, 25-48.
- Gerhards, Jürgen (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Bach, Maurizio (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 277-305.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeits-theorien. In: Kaelble, Hartmut / Kirsch, Martin / Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main u.a.: Campus Verlag, 135-158.
- Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm (1993): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): *Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse*. Wien: Braumüller, 52-89.
- Grimm, Dieter (1995): *Braucht Europa eine Verfassung?* München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung.
- Habermas, Jürgen (1996a): *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996b; 1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 5. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1998; 1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2001): *Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hasebrink, Uwe (2000): Europäische Öffentlichkeit: Zur Konstruktion von Kommunikationsräumen in Europa durch Medienpublika. In: Faulstich, Werner / Hickethier, Knut (Hg.): *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*. Bardowick: Wissenschaftler-Verlag, 97-109.
- Heinrich, Jürgen (1999): Konsequenzen der Konvergenz für das Fach Medienökonomie. In: Latzer, Michael / Maier-Rabler, Ursula / Siegert, Gabriele / Steinmaurer Thomas (Hg.): *Die Zukunft der Kommunikation. Phänomene und Trends in der Informationsgesellschaft*. Innsbruck / Wien: Studienverlag, 73-85.
- Höflich, Joachim R. (1995): Vom dispersen Publikum zu "elektronischen Gemeinschaften". Plädoyer für einen erweiterten kommunikationswissenschaftlichen Blickwinkel. In: *Rundfunk und Fernsehen*, 43 (4), 518-537.
- Holtz-Bacha, Christina (Hg.) (2005): *Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1996): *Europäische Integration*. Opladen: Leske + Budrich.

- Jarren, Otfried (1998): Meinungsbildungsprozess. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen u.a.: Westdeutscher Verlag, 687-688.
- Kantner, Cathleen (2003): Öffentliche politische Kommunikation in der EU. Eine hermeneutisch-pragmatische Perspektive. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich, 213-229.
- Kevin, Deirdre (2001): Debates about Europe in National News media. In: Bajomir-Lázár, Péter / Hegedús, István (Hg.): Media and Politics. Budapest: New Mandate Publishing House.
- Kielmannsegg, Peter Graf (1996): Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.): Europäische Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag, 47-71.
- Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hg.) (2003): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich.
- Kleinsteuber, Hans J. (1995): Faktoren der Konstitution von Kommunikationsräumen: Konzeptionelle Gedanken am Beispiel Europa. In: Erbring, Lutz (Hg.): Kommunikationsraum Europa. Konstanz: UVK Medien / Ölschläger, 41-50.
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica (2003): Towards a European public sphere? Vertical and horizontal dimensions of Europeanised political communication. Paper presented at the international Conference on "Europeanisation of public spheres? Political mobilisation, public communication, and the European Union". Berlin: WZB, 20-22 June 2003.
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica (2004): Towards a European Public Sphere? In: Innovation: The European Journal of Social Science Research, 17 (2), 2004, 97-118.
- Koopmans, Ruud / Neidhardt, Friedhelm / Pfetsch, Barbara (2000): Conditions for the Constitution of a European Public Sphere. Paper presented at the Conference on "Democracy Beyond the Nation-State". Athens, 5-7 October 2000. http://www.wz-berlin.de/zkd/zcm/pdf/koopmans_european_public_sphere.pdf [22.12.2005].
- Koopmans, Ruud / Zimmermann, Ann (2003): Political communication on the Internet. Part 1: Representative sample of websites. Research report, Europub.com WP 4. <http://europub.wz-berlin.de/> [22.12.2005]
- Lauf, Edmund / Peter, Jochen (2004): EU-Repräsentanten in Fernsehnachrichten. Eine Analyse ihrer Präsenz in 13 EU-Mitgliedstaaten vor der Europa-Wahl 1999. In: Hagen, Lutz M. (Hg.): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Herbert von Halem Verlag, 162-177.
- Law, Marianne / Middleton, David / Palmer, Jerry (2000): The Press Reporting of European Economic and Monetary Union in Four European Countries: A Comparative Analysis. In: Baerns, Barbara / Raupp, Juliana (Hg.): Information und Kommunikation in Europa: Forschung und Praxis. Berlin: Vistas, 88-100.
- Lepsius, Rainer M. (1997): Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union? Blätter für deutsche und internationale Politik, (41) 8, 256-268.
- Liebert, Ulrike (2003): Transformationen europäischen Regierens: Grenzen und Chancen transnationaler Öffentlichkeiten. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich. 75-100.
- Loitz, Tanja (2000): Europäische Öffentlichkeit dank Internet? Politische Öffentlichkeitsarbeit am Beispiel der Europäischen Kommission. Münster u.a.: Lit-Verlag.
- Marschall, Stefan (1999): Alte und neue Öffentlichkeiten. Strukturmerkmale politischer Öffentlichkeit im Internet. In: Kamps, Klaus (Hg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 109-126.
- Maurer, Andreas (2003): Mass Media Publicized Discourses on the Post-Nice Process. IWE-Working paper, 40. Vienna: IWE. <http://www.iwe.oeaw.ac.at/workingpapers/WP40.pdf> [22.12. 2005].
- Meyer, Christoph O. (1999): Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit. In: Journal of Common Market Studies, 37 (4), 617-639.

- Meyer, Christoph O. (2000): Towards a European Public Sphere? Transnational Investigative Journalism and the European Commission's Resignation. In: Baerns, Barbara / Raupp, Juliana (Hg.): *Transnational Communication in Europe: Practice and Research*. Berlin: Vistas, 107-127.
- Meyer, Christoph O. (2003a): Die Wächterfunktion von europäischer Öffentlichkeit: Das Brüsseler Pressecorps und der Rücktritt der EU-Kommission. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.) *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 231-245.
- Meyer, Christoph O. (2003b): Exploring the European Union's Communication Deficit: Old Problems and New Departures. In: *Central European Political Science Review*, 4 (11), 35-43.
- Meyer, Christoph O. (2004): "Brüssel hat entschieden, dass..." – Über die Schwierigkeiten einer Kontrolle der politischen Verantwortlichkeit des EU-Ministerrats durch Medienöffentlichkeit. In: Hagen, Lutz M. (Hg.): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*. Köln: Herbert von Halem Verlag, 129-145.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the Political*. London / New York: Routledge.
- Neidhardt, Friedhelm (1994a): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-41.
- Neidhardt, Friedhelm (1994b): Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit. In: Wunden, Wolfgang (Hg.): *Öffentlichkeit und Kommunikationskultur*. Hamburg / Stuttgart: Steinkopf Verlag, 19-30.
- Oldag, Andreas / Tillack, Hans-Martin (2003): *Raumschiff Brüssel. Wie die Demokratie in Europa scheitert*. Berlin: Argon Verlag.
- Peter, Jochen (2004): Kaum vorhanden, thematisch homogen, und eher negativ – Die alltägliche Fernsehberichterstattung über die Europäische Union im internationalen Vergleich. In: Hagen, Lutz (Hg.): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit – Theoretische Perspektiven und Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*. Köln: Herbert von Halem Verlag, 146-161.
- Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 42-76.
- Peters, Bernhard (1999): Nationale und transnationale Öffentlichkeiten – eine Problemskizze. In: Honegger, Claudia / Hradil, Stefan / Traxler, Franz (Hg.): *Grenzenlose Gesellschaft. Verhandlungen des 29. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Teil 1)*. Opladen: Leske + Budrich, 661-674.
- Peters, Bernhard (2003): Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für die politische Ordnung am Beispiel der EU. InIIS-Projektantrag an die DFG. Bremen: Universität Bremen. http://www.state.uni-bremen.de/download/de/forschung/B3_2003_projektantrag.pdf [22.12.2005].
- Pfetsch, Barbara (2004): *The Voice of the Media in European Public Sphere: Comparative Analysis of Newspaper Editorials*. Research report, Europub.com WP 3. <http://europub.wz-berlin.de/> [22.12.2005].
- Risse, Thomas (2002): Zur Debatte um die (Nicht-)Existenz einer europäischen Öffentlichkeit. Was wir wissen, und wie es zu interpretieren ist. In: *Berliner Debatte Initial*, 13 (5-6), 15-23.
- Risse, Thomas (2003): *An Emerging European Public Sphere? Theoretical Clarifications and Empirical Indicators*. Paper presented to the Annual Meeting of the European Union Studies Association (EUSA). Nashville TN, 27-30 March 2003.
- Rucht, Dieter (1998): Intermediäres System. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonenteil*. Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 664-665.
- Rucht, Dieter (2000): Zur Europäisierung politischer Mobilisierung. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 10 (2), 2000, 185-202.

- Russ-Mohl, Stephan (2003): Towards a European Journalism? – Limits, Opportunities, Challenges. In: *Studies in Communication Sciences*, 3 (2), 203-216.
- Scharpf, Fritz (1970): *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*. Konstanzer Universitätsreden 25. Konstanz: UVK.
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt / New York: Campus.
- Schlesinger, Philip (1999): Changing Spaces of Political Communication: The Case of the European Union. In: *Political Communication*, 16 (3), 263-279.
- Schlesinger, Philip / Kevin, Deirdre (2000): Can the European Union become a sphere of publics? In: Eriksen, Erik Oddvar / Fossum, Erik (Hg.): *Democracy in the European Union. Integration through deliberation?* London / New York: Routledge, 206-229.
- Schweitzer, Eva Johanna (2005): Der Einsatz des Internets im Europawahlkampf. Ergebnisse einer Inhalts- und Strukturanalyse nationaler Partei- und Kampagnen-Websites zur Europawahl 2004. In: Holtz-Bacha, Christina (Hg.): *Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 123-152.
- Semetko, Holli A. / de Vreese, Claes H. / Peter, Jochen (2000): Europeanised Politics – Europeanised Media? European Integration and Political Communication. In: *West European Politics*, 23 (4), 121-141.
- Sievert, Holger (1998): *Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stock, Martin (2004): EU-Medienfreiheit – ein Grundrecht im Werden. Zum Gang der Dinge im Grundrechtskonvent (2000) und im Verfassungskonvent (2002/2003). In: Hagen, Lutz M. (Hg.): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*. Köln: Herbert von Halem Verlag, 162-177.
- Thomaß, Barbara (2002): Europäische Öffentlichkeit: Stand und Perspektiven eines notwendigen Konzeptes. In: Graf, Daniela / Muther, Ekkehard (Hg.): *Streiten um Demokratie. Beiträge zur Verfassungsdiskussion*. Wien: Czernin, 129-154.
- Thomaß, Barbara (2004): Public Service Broadcasting als Faktor einer europäischen Öffentlichkeit. In: Hagen, Lutz (Hg.): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit – Theoretische Perspektiven und Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*. Köln: Herbert von Halem Verlag, 47-63.
- Trenz, Hans-Jörg (2000): Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit. In: Bach, Maurizio (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 332-359.
- Trenz, Hans-Jörg (2003): Einführung: Auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 161-168.
- Trenz, Hans-Jörg (2005): Die mediale Ordnung des politischen Europas. Formen und Dynamiken der Europäisierung politischer Kommunikation in der Qualitätspresse. *Zeitschrift für Soziologie*, 34 (3), 188-206.
- Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud (2003): Demokratie-, Öffentlichkeits- und Identitätsdefizite in der EU: Diagnose und Therapiefähigkeit. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich, 7-19.
- Tumber, Howard (1995): Marketing Maastricht: the EU and news management. In *Media, Culture & Society*, 17 (3), 511-519.
- van de Steeg, Marianne (2000): An Analysis of the Dutch and Spanish Newspaper Debates on EU Enlargement with Central and Eastern European Countries: Suggestions for a Transnational European Public Sphere. In: Baerns, Barbara / Raupp, Juliana (Hg.): *Information und Kommunikation in Europa. Transnational Communication in Europe*. Berlin: Vistas, 61-87.

- van de Steeg, Marianne (2002): Eine europäische Öffentlichkeit? Die Diskussion um die Osterweiterung der EU. In: Berliner Debatte Initial, 13 (5-6), 57-66.
- van de Steeg, Marianne (2003): Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich, 169-190.
- van de Steeg, Marianne / Rauer, Valentin / Rivet, Sylvain / Risse, Thomas (2003): The EU as a Political Community. A Media Analysis of the 'Haider Debate' in the European Union. Paper presented to the Annual Meeting of the European Union Studies Association (EUSA). Nashville TN, 27-30 March 2003.
- Wessler, Hartmut (2004): Europa als Kommunikationsnetzwerk. Theoretische Überlegungen zur Europäisierung von Öffentlichkeit. In: Hagen, Lutz M. (Hg.): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Herbert von Halem Verlag, 13-28.
- Wimmel, Andreas (2004): Transnationale Diskurse. Zur Analyse politischer Kommunikation in der europäischen Medienöffentlichkeit. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 11 (1), 7-25.
- Zimmermann, Ann / Koopmans Ruud / Schlecht, Tobias (2004): Political communication on the Internet. Part 2: Link structure among political actors in Europe. Research report, Europub.com WP 4. <http://europub.wz-berlin.de/> [22.12.2005].